Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Ehrifteranzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Vorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 mahligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 2 — Dienstag den 4. Januar 1921 — 47. Jahrg.

Zur außerpolitischen Lage.

1921 hat unerfreulich begonnen. Es scheint fast, als ob die Annäherung zwischen der Entente und uns, zu der die Brüsseler Verhandlungen zu führen schienen, von militaristisch-imperialistischer Seite durchkreuzt werden sollte. Das Verhalten der Ententeregierungen uns gegenüber beweist, daß Einflüsse am Werke sind, die in einer Entspannung der europäischen Beziehungen, soweit Deutschland in Frage kommt, nicht ihre Rechnung finden. Allerdings muß auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, daß es sich bei den Vorgängen um einen Druck handelt, der uns gefügig machen soll, die Forderungen der Entente auf wirtschaftlichem Gebiet anzunehmen. Wie dem aber auch sein mag, jedenfalls hat sich die Lage dadurch verschärft, daß die Entente in einer Note, die uns des Vertragsbruchs zeiht, die sofortige Auflösung der Sicherheitspolizei verlangt. Auch in der Einwohnerwehrfrage sollen ultimative Schritte der Entente bevorstehen. Die Lage wird dadurch noch gespannter, daß der „Temps" und die „Times" mehr oder weniger aufgeregte Artikel veröffentlichen, mit der Behauptung, die deutsche Reichsregierung verweigere unter Einfluß reaktionärer Kreise die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen, und eben diese Kreise wollten durch die Einwohnerwehren die Restauration herbeiführen. Ja, die „Times" tischen ihren Lesern die Schauermär auf, Deutschland werde 1921 offensiv gegen Frankreich vorgehen. Es bestehe ein großes Komplott, an dessen Spitze Oberst Bauer und Ludendorff stünden.

Man brauchte diesen Unsinn kaum ernsthaft zu nehmen, wenn er nicht eine bedenkliche Folge gezeitigt hätte. Die Sozialdemokratie hat nämlich scharf gegen die Stellung der Reichsregierung in der Einwohnerwehrfrage Stellung genommen. Und in der blinden und nachgerade wirklich recht unwürdigen Furcht vor der Reaktion erschwert man der Reichsregierung ihre Geschäfte aufs äußerste. Man kann wohl annehmen, daß die absurten Geschichten, die die „Times" erzählen, zumeist für deutsche Leser bestimmt sind. Und die merkwürdige Übereinstimmung von „Times" und „Temps" lassen die Annahme möglich erscheinen, daß hier Northcliffische Propaganda wieder das deutsche Volk, dessen Einigung nie notwendiger als jetzt war, uneinig machen will. Wäre dem so, so wäre zweifellos der psychologische Punkt richtig getroffen und die gewollte Wirkung erreicht. Man sollte aber in Deutschland in umfassender Weise das Volk mit der Darstellung der englischen Propaganda, wie sie in dem bekannten Bericht über Northcliffs Arbeit enthalten ist, vertraut machen. Vielleicht sehen dann auch unsere Sozialdemokraten ein, daß man häufig zu schieben glaubt, während man nur geschoben wird.

Die unfreundliche Haltung, welche die Entente ständig gegen uns einnimmt, zeigt sich auch in der Frage der oberschlesischen Abstimmung. Man hatte über den Abstimmungsort der nicht in Oberschlesien Wohnhaften zunächst verhandelt. Nunmehr kommt das den polnischen Wünschen restlos entsprechende Diktat der Entente, wonach diese Kategorie Abstimmungsberechtigter erst nach der eigentlichen Abstimmung zur Wahl zugelassen werden soll. Hiermit wird der Versailler Vertrag abermals verletzt und die deutsche Regierung sollte endlich einmal im Stil der Entente Noten verfassen und der Entente den Vorwurf des Vertragsbruchs und der Vertragsuntreue machen.

Überhaupt verdient die polnische Frage gesteigerte Beachtung. Seit einiger Zeit riefen polnische Zeitungen nach einer Militärkonvention mit Frankreich. Nun ist der polnische Staatschef Pilsudski nach Paris für Mitte Januar eingeladen. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß bei diesem Besuch die Militärkonvention abgeschlossen werden soll. Polen führt damit eine ausgesprochen feindliche Politik gegen seine beiden Nachbarstaaten, von denen es, es mag sich drehen und wenden wie es will, doch in Zukunft abhängig sein wird. Aus der Geschichte könnten aber die Polen lernen, daß schon einmal ihr Land von Frankreichs Gnaden abhing, und daß seine Existenz in dem Augenblick in Frage gestellt war, als seine letzten Legionen für Napoleon I. verblutet waren. Ein Staat, der seine Existenz auf das Wohlwollen eines weit abliegenden anderen Staates gründet, treibt die gefährlichste Politik der Welt. Denn er läßt sich auf die Dauer als solcher nur erhalten, wenn er sich organisch in das Gefüge der Nachbarstaaten einfügt. Selbst Danzig mit dem ganzen Korridor wird Polens Lebensnotwendigkeiten nicht so garantieren wie ein gutes Verhältnis zu Deutschland. Die Lage der Dinge läßt nicht mit einer vernünftigen Politik Polens rechnen. Und das erste Geschenk, das gewisse Völkerbundstaaten der friedenshungrigen Welt 1921 bescheren zu wollen scheinen, dürfte ein neuer Vertrag imperialistisch-militärischer Natur sein.

*

Deutschlands Antwort auf die Polizeinote des Generals Nollet.

Das Auswärtige Amt hat dem Vorsitzenden der Interalliierten Überwachungskommission für das Landheer folgende Note zugestellt:

Berlin, 4. Jan. Herr General! In der Note vom 23. Dezember Nr. 1266 hat die Interalliierte Militärkontrollkommission zunächst Beschwerde darüber geführt, daß ihr noch nicht die Verfügungen aller deutschen Länder über die

Auflösung der Sicherheitspolizei

zugegangen seien. Hierzu ist zu bemerken, daß, wie bereits in dem Schreiben vom 29. Dezember vorigen Jahres F. 14 483 erwähnt ist, die Kommission bereits seit längerer Zeit im Besitze der Verfügungen aller in Betracht kommenden Regierungen mit Ausnahme derjenigen von Mecklenburg-Schwerin und Bremen ist. Es ist ihr ferner mitgeteilt worden, daß auch in diesen beiden Ländern die Sicherheitspolizei bereits im August, bezw. September aufgelöst worden ist und daß in den deutschen Ländern, über die ihr bisher keine Mitteilung zugegangen war (Thüringen, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Waldeck und Pyrmont) eine Sicherheitspolizei nicht bestanden hat. Die Kontrollkommission glaubt in der Note vom 23. Dezember weiter feststellen zu können, daß 1. die gegenwärtige Ordnungspolizei nichts anderes sei als die Sicherheitspolizei, verstärkt um einen Teil der früheren Blauen Polizei; 2. die nicht uniformierte Polizei eine Vermehrung erfahren habe, die sich nach den Bestimmungen des Artikels 162 des Versailler Vertrags nicht rechtfertigen lasse.

Die deutsche Regierung hat bereits unmittelbar nach dem Eingang der Note durch Schreiben vom 24. Dezember F. 14 383 gegen diese Feststellungen protestiert. Sie begründet diesen Protest wie folgt:

1. Der Plan, nach dem die gegenwärtig in den deutschen Ländern bestehende Ordnungspolizei gebildet ist, ist in gemeinsamer Beratung mit Vertretern der Kontrollkommission aufgestellt worden. In der Note vom 12. August 1920 Nr. 978 hat die Kommission die Bedingungen, an die das Protokoll von Spa die Vermehrung der Ordnungspolizei auf 150000 Mann knüpfte, näher erläutert. Um zu verhüten, daß die geplanten Maßnahmen später von der Kommission beanstandet werden könnten, haben mit dieser auf Anregung des Auswärtigen Amtes im September eingehende mündliche Erörterungen stattgefunden. In diesen anfänglich von den Vertretern aller beteiligten Länder besuchten Besprechungen kam man überein, daß vorerst die für Preußen in Aussicht genommene Regelung erörtert und das Ergebnis der Verhandlungen sodann den anderen Ländern unter Berücksichtigung der etwa dort bestehenden besonderen Verhältnisse als Anhalt für ihre Maßnahmen empfohlen werden könnte. Über die für Preußen zu erlassenden Verfügungen wurde zwischen den deutschen Vertretern und den Beauftragten der Kontrollkommission eine vollkommene Einigung erzielt. Ihr Wortlaut ist in allen Einzelheiten gemeinsam festgestellt. Auf Wunsch der Kommission sind noch in letzter Stunde verschiedene Änderungen vorgenommen worden. Um auf jeden Fall Schwierigkeiten zu vermeiden, ist vorsorglich auch noch der für Bayern aufgestellte Entwurf zur Kenntnis eines Vertreters der Kommission gebracht und von diesem auch gebilligt worden. Die Umbildung nicht nur der preußischen und bayrischen, sondern auch der in den anderen Ländern bestehenden Polizei ist dann auch, soweit eine Reorganisation überhaupt erforderlich war, durchweg nach dem vereinbarten Plane erfolgt. Die sofortige Durchführung der von der Regierung erlassenen Verfügungen ist den unterstellten Behörden zur Pflicht gemacht worden. Da hiernach über die ganze Art der Reform zwischen den deutschen Stellen und der Kontrollkommission Einigkeit bestanden hat, kann es sich nach Ansicht der deutschen Regierung bei den jetzt erhobenen Beanstandungen nur um Mängel der Ausführung in einzelnen Punkten oder in einzelnen Orten handeln.

Welche Mängel die Kontrollkommission feststellen zu können glaubt, ist der deutschen Regierung bisher nicht bekannt. Sie hat in dem Schreiben vom 27. Dezember (F. 14 403) um nähere Angaben gebeten. Erst wenn ihr diese vorliegen, wird sie in der Lage sein, im einzelnen nachzuweisen, daß sie von den Bedingungen des Versailler Vertrages und des Beschlusses von Boulogne nicht abgewichen ist. Wenn die Kommission nachträglich Bedenken gegen die mit ihr vereinbarten Verfügungen fand oder gegen die Art ihrer Ausführung Anlaß erheben zu müssen glaubte, so hätte die deutsche Regierung erwarten dürfen, daß ihr dabei nicht erst Mitteilung gemacht würde, nachdem das mühevolle und zeitspielige Werk der Reorganisation der Polizei zu Ende geführt ist.

Die jetzige uniformierte und bewaffnete Polizei ist nichts anderes als die in der zugelassenen Weise verstärkte Polizei des Jahres 1918, bei deren Organisation nur insoweit Änderungen eingetreten sind, als sie von den alliierten Regierungen zugestandene Vermehrung und Bewaffnung mit sich brachte. Wenn die aus der früheren Sicherheitspolizei übernommenen Beamten vorläufig noch ihre alte Uniform tragen, kann doch wohl nicht angenommen werden, daß die Kontrollkommission ihr Urteil auf diese Äußerlichkeit stützt. Die Einführung einer anderen Dienstkleidung, bei der übrigens das grüne Tuch aus Ersparnisrücksichten beibehalten werden muß, wird in verschiedenen Ländern vorbereitet. Sie konnte wegen technischer Schwierigkeiten und besonders wegen der finanziellen Belastung bisher noch nicht durchgeführt werden.

Bayern gegen Wirtschafts-„Provinzen".

München, 4. Jan. Der Reichswirtschaftsausschuß erwägt die Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten. Bei Besprechung dieses Planes an maßgebenden Stellen verlautet, daß diese in Bayern der Errichtung deutscher Wirtschaftsprovinzen durchaus abgeneigt sind. Der Gedanke an deutsche Wirtschaftsprovinzen wird als nichts anderes als das Zugeständnis von der Unhaltbarkeit und dem Neubelebungsdrang einer totzentralisierten Wirtschaft und als der Versuch betrachtet, sich durch die entstandene grauenhafte Wirtschaftsfinsternis durchzutasten.

Streik in der Hamburger Eisenindustrie.

Hamburg, 4. Jan. Die in den Landbetrieben der Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter haben heute die Arbeit niedergelegt. In Betracht kommen etwa 15 000 Mann.

Streik auf einer Thyssen-Hütte in Hamborn.

Duisburg, 4. Jan. (TU.) Aus Hamborn wird berichtet, daß die Belegschaft der August Thyssen-Hütte in Stärke von 13 000 Mann in den Ausstand getreten ist. Die Bergarbeiter haben sich aber durch diesen Streik nicht beeinflussen lassen, auf sämtlichen Schachtanlagen der Thyssen-Konzerns sind die Belegschaften normal eingefahren.

Was der französische Militarismus in Deutschland alles verlangt.

Berlin, 4. Jan. Der Stadtrat von Landau lehnte das Ansuchen der französischen Militärbehörden um Vornahme einer Reihe von Erweiterungen an dem Soldatenheim mit einem Kostenaufwand von 30000 Markab, da die Stadt nach dem Artikel 8 des Rheinlandabkommens nicht verpflichtet ist, für die Einrichtung von Soldatenheimen aufzukommen.

Ausstand der schwedischen Schiffsmaschinisten.

Kopenhagen, 4. Jan. Nach einem Stockholmer Telegramm ist auf den schwedischen überseeischen Frachtdampfern heute von den Maschinisten der Ausstand erklärt worden. Sie verlangen einen jährlichen Lohn von 24 000 Kronen. Der gegenwärtige Lohn beläuft sich auf 7 bis 800 Kronen monatlich. Der Streik ist auf allen Handelsschiffen durchgeführt, die zurzeit in schwedischen Häfen liegen. Die Schiffe, die auf See sind, werden stillgelegt, sobald sie in einem schwedischen Hafen eintreffen.

Niederlage der spanischen Regierung bei den Wahlen.

Madrid, 4. Jan. Nach Meldungen unabhängiger Blätter wurden bei den Korteswahlen 179 Abgeordnete der Regierungsparteien gewählt. Hiernach würden der Regierung an der Mehrheit 21 Stimmen selbst dann fehlen, wenn die noch ausstehenden fünf Wahlergebnisse für die Regierung günstig sein sollten. Die Regierung hat zu der durch die Wahlergebnisse geschaffenen Lage öffentlich noch nicht Stellung genommen.

Fertigstellung des englisch-russischen Handelsvertrages.

Paris, 4. Jan. Nach einer Londoner Meldung des „Journals" ist es nunmehr sicher, daß der russische Vertreter Krassin Ende dieser Woche London verlassen wird, um mit der Sowjetregierung zu verhandeln. Er wird den endgültigen Handelsvertrag mit England in Moskau vorlegen. Bis jetzt ist noch keine befriedigende Formel gefunden worden, um das nach England zu schaffende russische Gold vor der Beschlagnahme zu schützen.

England und Italien gegen übereilte Maßnahmen.

Basel 4. Jan. Nach der Pariser „Chicago Tribune" haben sowohl die englische als auch die italienische Regierung ihren Einfluß auf das französische Auswärtige Amt geltend gemacht, keine übereilten Maßnahmen wegen der Nichterfüllung der Entwaffnungsbestimmungen durch Deutschland zu treffen. Es handle sich hierbei vor allem um die Besetzung des Ruhrgebietes. Italien könne sich an einer solchen Aktion nicht beteiligen, da es am Rhein keine Truppen stehen habe. Ferner gilt es als sicher, daß die britischen Truppen bei Köln nicht mehr weiter vorrücken werden. Was Belgien betreffe, so zeige es sich unsicher, ob es noch einmal sich einem französischen Vormarsch anschließen könne, da es nicht über die genügende Truppenzahl verfüge, die zu einer Operation, wie sie die Besetzung des Ruhrgebiets wäre, nötig ist.

Nach einem Havas-Telegramm aus London verlautet man dort die Meinung, daß die Engländer Zeit haben wollen, die Frage zu studieren und darüber nachzudenken, damit nichts übereilt werde. Man glaube deshalb, daß die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Italien und Belgien und des japanischen Botschafters in Paris nicht vor Ende kommender Woche ins Auge gefaßt werden könne. Die Angelegenheit sei zu ernst, um von der Botschafterkonferenz beraten zu werden, sie müsse dem Obersten Rate überwiesen werden.

Herzliche italienisch-jugoslawische Beziehungen.

Rom, 4. Jan. Zwischen dem jugoslawischen Ministerpräsidenten Wesnitsch und dem italienischen Ministerpräsidenten Giolitti erfolgte ein herzlicher Depeschenwechsel, aus dem sich ergibt, daß nach Lösung der Fiumefrage zwischen Italien und Jugoslawien wenigstens von offizieller Seite alle Wolken zerstreut sind. In Belgrad empfing der Prinzregent Alexander den neu ernannten italienischen Gesandten Grafen Manzoni in feierlicher Audienz zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens. Nach der Vorstellung entspann sich eine sehr lebhafte Unterhaltung, in deren Verlauf der Gesandte zum Ausdruck brachte, daß der Vertrag von Rapallo die Grundlage zu aufrichtiger und herzlicher Freundschaft zwischen beiden Ländern lege und auch für die Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen von höchstem Vorteile sei.

Die Sowjets „beschützen" Maxim Gorki.

Helsingfors, 4. Jan. (ETB.) Nach Meldungen aus Moskau hält das Exekutivkomitee den bekannten russischen Schriftsteller Maxim Gorki unter starker Bewachung, da man befürchtet, daß er den Versuch der Flucht aus Rußland machen werde. Alle Personen, die Gorki besuchen wollen, bedürfen dazu der Erlaubnis und müssen berichten, was sie mit ihm gesprochen. (Daß es noch immer Leute gibt, denen es im russischen Paradies nicht gefällt.)

Britische Brandschatzungen bei Cork.

Paris, 4. Jan. Nach einer Blättermeldung aus London haben die britischen Militärbehörden in Cork infolge der letzten Angriffe auf Polizeibeamte und Soldaten beschlossen und öffentlich mitgeteilt, daß verschiedene Häuser in der Gegend der Überfälle, die bei Middleton und Giebe-House stattgefunden haben, mit ihren Möbeln verbrannt werden sollen. Das ist am 1. Januar geschehen. Man hat den Bewohnern eine Stunde Zeit gelassen, um ihre Habseligkeiten in Sicherheit zu bringen. Doch mußten die Möbel zurückgelassen werden.

Die Waffenverarbeitung Deutschösterreichs.

Wien, 4. Jan. (TU.) Die Botschafterkonferenz der Alliierten hat als letzten Termin für die Waffenablieferung in Deutschösterreich den 20. Februar festgesetzt.

Die Forderung auf Zerstörung der Nordsee-Befestigungen.

Der deutschen Friedensdelegation in Paris ist am 31. Dezember 1920 folgende Note zugegangen:

Am 4. Dezember 1920 übersandten Sie der Konferenz eine Note, worin sich die deutsche Regierung gegen die Entscheidung wendet, die die interalliierte Militärkontrollkommission über die Werke und Befestigung der Plätze getroffen hat, die Deutschland nach Artikel 196 des Vertrags von Versailles an der Nordseeküste unterhalten darf. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß nach gründlicher Prüfung der Frage die Botschafterkonferenz die Beweisführung der deutschen Regierung in keiner Weise, weder in ihren Grundlinien noch in Einzelheiten, gelten lassen kann. Die Konferenz hat daher beschlossen, die Entscheidungen der Kontrollkommission unverändert aufrechtzuerhalten.

Die alliierten Mächte erwarten, daß unter diesen Umständen die deutsche Regierung sich nicht länger der Ausführung dieser Entscheidung widersetzen wird, die nur eine genaue Anwendung einer der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages darstellt.

Dazu bemerkt das WTB.: Die deutsche Regierung hatte in Ausführung der Bestimmungen des Artikel 196 des Versailler Vertrages den interalliierten Überwachungsausschüssen Listen über die am Tage des Inkrafttretens des Vertrages vorhandenen befestigten Werke, Anlagen, festen Seeplätze der Nordseeküsten, sowie über Zusammensetzung und Bestückung dieser Werke übergeben. Die interalliierte Militärkommission hatte darauf unter den vorhandenen Anlagen und Armierungen eine willkürliche Auswahl getroffen und die durch einen Vertrag gewährleistete Beibehaltung eines großen Teiles gerade der bewährtesten und modernsten Verteidigungsanlagen und Armierungen, insbesondere Eisenbahnbatterien sowie Armierungsbatterien abgelehnt. In ihrer Note vom 4. Dezember, deren schlägige Beantwortung vorstehend mitgeteilt ist, hatte die deutsche Regierung die Botschafterkonferenz ersucht, die Angelegenheit ihrerseits zu prüfen und die Kontrollkommission anzuweisen, ihre dem Vertrage nicht entsprechenden Anordnungen aufzuheben. Sie hatte sich hierbei auf den Wortlaut des Artikel 196 berufen, wonach alle befestigten Werke, Anlagen und festen Seeplätze der Nordseeküste bei zur Verteidigung bestimmt sind, in dem gegenwärtigen Zustand verbleiben dürfen. Die interalliierte Militärkontrollkommission in der Bewegglichkeit einzelner Geschütze einen Grund zur Ablehnung sehen zu müssen glaubte, hatte sich die deutsche Regierung überdies bereit erklärt, einzelne diese Geschütze fest einzubauen und dadurch diesen Grund einer Ablehnung zu beseitigen.

Die Conferenz verbietet die deutsche Luftpolizei.

Die Botschafterkonferenz hat am 31. Dezember folgende Note an die deutsche Friedensdelegation in Paris gerichtet:

Am 4. Dezember übersandten Sie der Konferenz eine Note, worin die deutsche Regierung erklärt, an der Ansicht festhalten zu müssen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210104-16/fragment/page=0001

daß die Ausstattung der Polizei mit Luftfahrgerät weder gegen den Vertrag von Versailles, noch gegen die Abmachungen von Spa verstoßen würde. Ich bedaure mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Konferenz nach erneuter Prüfung der Frage nur in aller Form die früheren Entscheidungen aufrechterhalten kann. Das Bestehen zu der Luftpolizei steht offenbar in Widerspruch zu Artikel 198 des Vertrages; die Bildung von Ausbildungsgeschwadern für die Polizei würde dem Absatz 3 des Artikels 162 direkt zuwiderlaufen. Außerdem stellten die alliierten Regierungen in ihrer Note vom 22. Juni bei der Erteilung der Genehmigung zu einer Verstärkung der deutschen Polizei die Bedingung, daß diese mit einer Bewaffnung versehen würde, die ihrer Aufgabe zu entsprechen habe und von der Kontrollkommission zu bestimmen sei. Die Kontrollkommission hat genaue Bestimmungen über diese Bewaffnung getroffen. Eine Ausstattung mit Flugzeugen war darin nicht vorgesehen. Die Konferenz sieht keine Veranlassung, eine Revision dieser Entscheidungen anzuordnen.

Die Rückgabe des deutschen Privateigentums durch England.

Paris, 3. Jan. Das „Board of Trade" verständigte die englischen Staatsangehörigen, daß alle Reklamationen bezüglich der Vorkriegsschulden, die in Deutschland zu bezahlen sind, dem Handelsministerium vor dem 31. März 1921 übermittelt werden müssen. Später werden keinerlei Reklamationen entgegengenommen. — Im „Foreign Office" wurde vom deutschen Botschafter ein Abkommen unterzeichnet, wonach die in England sequestrierten Güter deutscher Staatsangehöriger zurückerstattet werden sollen. Das Abkommen sieht auch die Rückgabe von Möbeln, Wertgegenständen und Handwerkszeugen an deutsche Staatsangehörige vor, die sie in England besessen hatten. Doch erhalten nur jene deutschen Staatsangehörigen ihre Wertgegenstände zurück, deren Vermögen eine bestimmte Summe nicht übersteigt.

Harding will mit Deutschland Frieden schließen.

Die „B. Z. am Mittag" meldet aus Kopenhagen: Wie „Politiken" aus London erfährt, äußerte sich der neue Präsident Harding in einer Unterredung mit dem Senator Knox über die zukünftige Politik der Vereinigten Staaten: „Sobald der Senat versammelt ist, wird der Friede mit Deutschland geschlossen werden. Amerika wird dem Völkerbund nicht beitreten, selbst nicht, wenn der Artikel 10 (der die gegenseitige Garantie der Teilnehmer festsetzt) fortfiele."

*

Eine „Wahlordnung" für Oberschlesien.

Wie die immer sehr gut unterrichtete Demokratische „Breslauer Zeitung" mitteilt, hat die Interalliierte Kommission in Oppeln das Reglement für die Volksabstimmung in Oberschlesien abgefaßt. Sie dürfte es in den nächsten Tagen amtlich veröffentlichen. Aus zuverlässiger Quelle erfährt die genannte Zeitung über die wichtigsten Punkte des Abstimmungsreglements, soweit es hier vorliegt, folgendes:

Als Stichtag für die nicht in Oberschlesien geborenen, aber dort wohnenden Abstimmungsberechtigten gilt der 1. Januar 1904. Von den in Oberschlesien wohnenden, aber nicht dort geborenen Personen sollen also nur die das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen, die seit 16 Jahren ununterbrochen in Oberschlesien wohnen. Nach dem „Friedensvertrag" soll dieser Stichtag nicht nach dem 1. Januar 1919 liegen.

Die Abstimmungsberechtigten werden in 4 Kategorien eingeteilt, nämlich 1. in Personen, die in Oberschlesien geboren sind, und dort wohnen; 2. in Personen, die in Oberschlesien geboren, aber dort nicht ansässig sind; 3. in Personen, die außerhalb Oberschlesiens geboren sind, aber dort seit dem 1. Januar 1904 oder einem früheren Zeitpunkt ununterbrochen wohnen; 4. in außerhalb Oberschlesiens wohnende Personen, die dort am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, ihn aber infolge ihrer Ausweisung aus diesem Gebiet durch die deutschen Behörden nicht beibehalten haben.

Diese Einteilung, sagt das Wahlreglement, erfolgt „mit Rücksicht auf die Aufstellung der Stimmlisten", je nach der Art der Ausweise, die die Stimmberechtigten zum Nachweise ihrer Berechtigung zur Eintragung in die Stimmlisten vorzulegen haben. Wir erinnern uns, so sagt die „Breslauer Zeitung", sehr wohl daran, daß die Polen noch einige Kategorien Abstimmungsberechtigter vorgeschlagen haben. Die Kommission des Generals Le Rond hat aber mit der beschlossenen Differenzierung den polnischen Wünschen in einer Weise nachgegeben, die einen Abstand gleichkommt. Insbesondere kann die Einrichtung einer besonderen Kategorie für die Ausgewiesenen nur als eine lächerliche Geste betrachtet werden, die auf das Ausland berechnet ist. In der Tat hat es niemals Ausweisungen aus Oberschlesien gegeben: Zwar sind eine Anzahl von unserem Standpunkt aus bedauerliche Verfehlungen von Beamten im Interesse des Dienstes vorgekommen. Im übrigen hat es in Preußen und Deutschland niemals ein Gesetz gegeben, wonach Bewohner irgend eines Landesteiles, also Reichsdeutsche, ausgewiesen werden konnten.

Jeder Stimmberechtigte soll in der Gemeinde abstimmen, in der er am 1. Oktober 1920 ansässig war oder, wenn er nicht im Abstimmungsbezirk ansässig ist, in der Gemeinde, in der er geboren ist. Die Ausgewiesenen stimmen in der Gemeinde ab, in der sie ansässig waren, als sie aus dem Abstimmungsgebiet ausgewiesen wurden. Die Festsetzung des Datums mit dem 1. Oktober 1920 ist rein willkürlich. Der „Friedensvertrag" sagt, daß alle ansässigen Oberschlesier in der Gemeinde abstimmen sollen, in der sie ihren Wohnsitz haben. Über die Zeit und Fristsetzung sagt das Reglement, daß am 10. Januar die paritätischen Gemeindeausschüsse gebildet werden und mit dem 14. Januar die dreiwöchige Frist für die Eintragung in die Stimmlisten zu laufen beginnt. Am 3. Februar 6 Uhr abends ist Schluß der Eintragungsfrist. Am 6. Februar beginnt die Auslegung der vorläufigen Stimmlisten und die 12-tägige Frist für die Einreichung von Einsprüchen. Am 3. März, 6 Uhr abends, Ablauf der Frist für die Entscheidung der interalliierten Bureaus über die Einsprüche, am 8. März Entscheidung der Interalliierten Kommission über die Einsprüche. Die Wahlzettel, sagt das Wahlreglement, werden durch die Interalliierte Kommission später bekannt gemacht. Das soll rechtzeitig geschehen. Hiernach kann die Abstimmung also nicht vor Mitte März erfolgen.

Gegen diese Art Volksabstimmung und gegen diese Abstimmungsordnung muß die deutsche Regierung allerschärfsten Protest erheben und zwar zuerst beim Vorsitzenden der Interalliierten Kommission, sodann aber auch beim Botschafterrat selbst. Nie hat sich deutlicher gezeigt als jetzt, daß die ganze Interalliierte Kommission nur ein Werkzeug der Polen ist und besonders deshalb, weil der französische Einfluß in ihr immer noch der ausschlaggebende ist. Geradezu ungeheuerlich ist die Bestimmung, daß nur diejenigen nicht gebürtigen, aber in Oberschlesien wohnhaften Personen abstimmen dürfen, die seit dem 1. Januar 1904 ununterbrochen im Abstimmungsgebiet wohnen. Es sei daran erinnert, daß die Polen das Jahr 1900 als das Jahr vorgeschlagen haben, das den Abstimmungsberechtigten dieser Kategorie das Wahlrecht verleihen sollte, während der deutsche Plebiszitkommissar in dem Entwurf seines Abstimmungsreglements den 1. Oktober 1918 in Vorschlag gebracht hatte, in der berechtigten Annahme, daß alle Personen, die bis zum Schluß des Weltkrieges in Oberschlesien wohnhaft waren, das volle Recht haben, als freie Bürger dieses Landes das Schicksal Oberschlesiens mitzubestimmen. Die jetzige Bestimmung bedeutet eine Verschlechterung der deutschen Wahlchancen, da eine große Zahl von Beamten, die lange Jahre jegensreich hier gewirkt haben, als Stimmberechtigte nunmehr im Wegfall kommen. Aber auch die sonstigen Bestimmungen atmen durchaus polnischen Geist. So die Bestimmung über die Wahl in den Gutsbezirken. Auch die jetzt veröffentlichten Fristen reichen keineswegs aus, um eine freie und unbeeinflußte Abstimmung zu garantieren, sie bedeuten vielmehr eine Durchpeitschung des Plebiszits. Die Zukunft wird zeigen, daß das jetzt veröffentlichte Abstimmungsstatut völlig unzulänglich und völlig unmöglich ist.

Ein Rechtsgutachten über das oberschlesische Wahlreglement.

München, 4. Jan. In den „Münchner N. N." schreibt der bekannte Staats- und Rechtslehrer Geheimrat Professor Dr. Philipp Zorn zur Frage der Abstimmung in Oberschlesien: Jede Abweichung von dem Rechtswege der einheitlichen Gemeindeabstimmung ohne Zustimmung aller Vertragsteile macht die Abstimmung nichtig. Wenn die Botschafterkonferenz die Anweisung erteilt, die Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiet ansässigen Stimmberechtigten später als die Abstimmung der einheimischen Stimmberechtigten stattfinden zu lassen, so ist dies eine direkte und schwere Verletzung des Artikels 88, das heißt der ihm beigefügten Anlage Paragraph 4 Absatz 4 und 5. Diese schreiben eine einheitliche Abstimmung aller Gemeindeangehörigen ohne Unterschied von Geburt und Wohnsitz vor. Jede andere Art von Abstimmung ist vertragswidrig und ohne Zustimmung Deutschlands nichtig.

Polnische Ausweisungslisten für Oberschlesien?

Beuthen (O.-S.), 4. Jan. Die Verhandlungen über die Ausstellung von Legitimationskarten, die zum Aufenthalt in Oberschlesien während der Abstimmung und in der vorangehenden Periode ermächtigen, haben begonnen. Polnischerseits sind Listen angestellt worden von Personen, deren Ausweisung durch Nichterteilung der Aufenthaltsberechtigung beantragt wird. In erster Linie machen die polnischen Vertreter die Ausweisung von Persönlichkeiten aus dem industriellen Leben, die Eigenschaften als Betriebsräte und Vertrauensmänner besitzen und nicht geborene Oberschlesier sind, zur Bedingung. Ferner wird die Ausweisung beantragt von Personen aus dem deutschen politischen Leben, die den Polen nicht genehm sind. Besonders haben die polnischen Vertreter der Prüfungsausschüsse die Ausweisung des Chefredakteurs der „Oberschlesischen Zeitung", Dörschlag beantragt.

Politische Uebersicht.

Tschecho-Slowakei.

Beschlagnahme des Großgrundbesitzes in der Tschechei.

Prag, 4. Jan. Die Regierung gibt eine Liste von 742 Gütern des Großgrundbesitzes von über 150 Hektar in Böhmen, Mähren und Schlesien und von 402 Gütern des Großgrundbesitzes in der Slowakei heraus, die auf Grund des Bodenreformgesetzes für die Durchführung der Bodenreform beschlagnahmt werden. Der Durchschnittsertrag ist der Durchschnitt der 1913—15 bei freihändigem Verkauf erzielten Preise bei Gütern im Ausmaß von mehr als 100 Hektar. Ohne Entschädigung erfolgt die Beschlagnahme bei Stiftungen, die auf Adelsrechten beruhen, ferner bei Grundbesitz von Angehörigen feindlicher Staaten und der Habsburgisch-Lothringischen Dynastie. In der Liste befinden sich als bekannte Adelsgeschlechter folgende: Althann, Aehrenthal, Auersberg, Beaufort, Bergstolz, Clam, Clary, Condenhove, Crey in Böhmen, Czernin, Dalberg, Dehm, Fürstenberg, Harrach, Hanowitz, Kinsky, Kolowrat, Lichtenstein, Lonkowitz, Metternich, Salm-Reifferscheidt, Schaumburg-Lippe, Schönborn, Schwarzenberg, Sternburg, Kruhn, Hohenstein, Thurn und Taxis, Trauttmansdorf, Wallenstein, Westfalen, Windischgrätz, Fürst Lichnowsky, Andrassy, Ballestrem, Hunyady, Coburg-Gotha, außerdem eine Anzahl Klöster und Bistümer, sowie das Hochmeistertum und Deutschmeistertum des deutschen Ritterordens. Von privaten sind die Mannesmannröhrenwerke, die Witkowitzer Eisenwerke, die Deutsche Bodenbank, die verschiedenen Rothschilds und eine Anzahl Eisen- und Hüttenwerke in der Liste. Von dieser Güterbeschlagnahme werden, wie nun einmal die Besitzverhältnisse liegen, in Böhmen, Mähren und Schlesien überwiegend die Deutschen, in der Slowakei in der Hauptsache die Magyaren betroffen.

Kanada und Australien suchen die Annäherung an Amerika.

Der New Yorker Korrespondent der „Daily News" will zuverlässig erfahren haben, daß zwischen den britischen Dominions Kanada und Australien einerseits und führenden Politikern der republikanischen Partei der Vereinigten Staaten andererseits nichtoffizielle Besprechungen über die Frage der Verteidigung zur See stattgefunden hätten. Der australische Premierminister habe erklärt, das weiße Australien begrüße den Stapellauf eines jeden neuen amerikanischen Kriegsschiffes. Mit Kanada hätten Besprechungen über die Frage eines amerikanischen Oberbefehls über die vereinigte amerikanische und kanadische Flotte stattgefunden.

*

Deutschland.

Der bayrische Ministerpräsident reist nach Berlin.

Wie der „Lok.-Anz." aus München meldet, begibt sich der bayrische Ministerpräsident wegen der bayrischen Einwohnerwehr dieser Tage erneut nach Berlin.

Deutschnationale Beruhigungspillen.

Der Pariser Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" betont, daß das Mißtrauen gegen Deutschland in der Entwaffnungsfrage in Paris allgemein sei. Die „Deutsche Tageszeitung" betont demgegenüber in ihrer Silvesternummer: „Eine Störung der Ruhe und Ordnung in Deutschland erfolgt von rechtsstehender Seite nicht . . . Eine Revanchepartei existiert in Deutschland nicht; denn dafür kann unter den heutigen Umständen und auf lange Sicht hin niemand die Verantwortung tragen." Die Herrstellung des Versailler Friedens sei nicht möglich. — Ganz unsere Ansicht. Auch das Ausland würde sein Mißtrauen längst beiseiten haben, wenn die Deutschnationalen nicht so häufig und gellend nach Revanche schreien und den Tag der Rache öffentlich herbeisehnen würden.

Merseburg und Umgegend.

4. Januar.

** **Personalnotiz.** Die Landessekretäre Roman und Frohn sind zu Regierungs-Bausekretären ernannt worden.

** **25 jähriges Geschäftsjubiläum.** Die hiesige Papierwarenfabrik Arthur Kornacker konnte am 1. Januar 1921 auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Am 1. Januar 1896 wurde das Geschäft in Weißenfels gegründet und siedelte in demselben Jahre nach Merseburg über. Anläßlich des Jubiläums gab die Firma ihren Angestellten, Arbeitern und auswärtigen Vertretern ein Fest.

** **Städtische Verpachtung.** Im Amtsblatt der heutigen Zeitung ist die Ausschreibung der Bewirtschaftung der Baracke für das Ledigenheim bei der Gasanstalt enthalten, worauf hingewiesen sei.

** **Bauernregeln vom Januar.** Der Landmann wünscht sich für die Ernte des kommenden Jahres einen klaren, schneereichen und kalten Januar. „Januar muß vor Kälte knacken — wenn die Ernte soll gut sacken", oder „Ist der Januar kalt und weiß — wird der Sommer klar und heiß", „Im Januar dickes Eis — bringt im Mai ein üppiges Reis". Dagegen ist ein warmer Januar beim Landmann verpönt und gilt als ein böses Vorzeichen, denn „Wächst das Gras im Januar — ists im Sommer in Gefahr", und „Wenn jetzt der Frost nicht kommen will — so kommt er sicher im April". Als Prognose für das ganze Jahr gilt die Wetterregel: „Wie sich das Wetter von Christ bis Dreikönig hält — so ist es im ganzen Jahre bestellt".

** **Der Sternhimmel im Januar.** Schon ehe es dunkelt, zieht der glänzende Abendstern, der Planet Venus, der am hellen Südwestlichen strahlt, unsern Blick auf sich. Bald taucht in seiner Nachbarschaft aus dem hellen Himmelsgrunde ein weiterer Planet auf: Mars. Am 1. Januar steht Mars über Venus, Mitte Januar geht Venus an Mars vorbei; zuletzt steht sie erheblich links über ihm. Der erste Fixstern, der in der beginnenden Dunkelheit als erster Stern nach Venus sichtbar wird, ist Wega. Den Himmelswagen finden wir über dem nördlichen Horizont. Der Anfänger gehe bei allen Übungen im Aufsuchen von Sternbildern von ihm aus. Seine beiden „hinteren" Sterne leiten zum Nordstern (Polarstern). Dieser steht ziemlich genau in der Richtung der Erdachse im Raum und ist daher der ruhende Mittelpunkt der Umlaufsbewegung des scheinbaren Himmelsgewölbes, die alle anderen Gestirne binnen je 24 Stunden einen Kreis um ihn als Mitte beschreiben läßt, er wird so zur nie trügenden Nordmarke an unserem Himmel und zum gegebenen Hauptorientierungsstern. — Gegen 10 Uhr vereint der Sternhimmel die schönsten Sternbilder des Winterhimmels. Sirius, der hellste aller Fixsterne, prangt im Süden, über ihm rechts die große Figur des Himmelsjägers Orion. Nahe dem Scheitelpunkt steht Kapella, links unter ihr die Zwillingssterne Kastor und Pollux, rechts unter ihr Albebaran und unsern diesem das allbekannte Siebengestirn (Gluckhenne, Plejaden). Links über Sirius, dem Hauptstern des „Großen Hundes", steht Prokyon, der „Kleine Hund". Im Osten kommt Regulus mit dem Bilde des Löwen herauf. Im Westen zeichnet sich deutlich das große Viereck des Pegasus, im Norden das kleinere, das das Haupt des Drachen darstellt. Dieses letztere nimmt den Ort ein, den bei Beginn der Dunkelheit der Himmelswagen hatte; dieser ist inzwischen hoch an den Südosthimmel emporgewandert.

** **Sparprämien-Anleihe.** Bei der dritten Ziehung der Deutschen Sparprämien-Anleihe, die am Montag stattfand, wurden die folgenden großen Gewinne gezogen: Auf alle vier Reihen A, B, C, D entfielen vier Gewinne zu je 500 000 ℳ auf Gr. 806 Nr. 111, vier Gewinne zu je 150 000 ℳ auf Gr. 1983 Nr. 108, vier Gewinne zu je 100 000 ℳ auf Gr. 425 Nr. 1.

** **Die Rechnungen für das letzte Vierteljahr** sollen der Kaufmann und der Handwerker so bald wie möglich hinaussenden. Die Jahresrechnungen während des Krieges vollständig durchwunden sind, wird die Aufstellung für die letzten Monate nicht sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Dem Publikum geschieht ein großer Gefallen mit der zeitigen Behändigung der Rechnungen, denn in unseren Tagen stellt sich jeder sein Soll und Haben beim Jahresanfang gern früh zusammen. Die Ausgaben sind ja immer noch größer als wünschenswert ist.

** **Der Justizminister über die Höchstmietenanordnung.** Die Rechtsgültigkeit der preußischen Höchstmietenanordnung bestätigt bekanntlich eine Antwort der Reichsregierung auf eine Anfrage im Reichstag. Dieser Bescheid wird jetzt vom Justizminister zur Kenntnis der Justizbehörden gebracht. Er schließt mit der Ausführung, daß das Reichsgesetz vom 11. Mai ausdrücklich ausgesprochen habe, daß die auf Grund der Mieterschutzverordnung ergangenen Anordnungen auch

---

Aus der Frauenwelt.

Frauenaufgaben in der Gemeinde.

Von Lisa Cronen. (Nachdr. verb.)

Die Einbeziehung der Frau in die Politik wird sich, wenn irgendwo, in der Kommune, im Stadthaushalt als segensreich erweisen. Denn gerade hier beden sich die Erfordernisse des Gemeinschaftslebens mit den ditalsten weiblichen Interessen in so hohem Maße, daß es nicht nur zugunsten dieser, sondern auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus dringend wünschenswert erscheint, daß das weibliche Element im städtischen Parlament möglichste Stärkung erfahre. Wo aber finden wir die nötigen Kräfte, die neben den wenigen, die Verantwortungsgefühl und politischer Ehrgeiz in die Reihen der Stadtväter treibt, den Nachwuchs repräsentieren? Unsere stimmberechtigte Frauenwelt unterschätzt im Hinblick auf die „Frau Abgeordnete", die in der Reichshauptstadt über die Geschicke der deutschen Lande mit raten und taten darf, die Bedeutung des frauenhaften, des mütterlichen Einflusses auf die Geschicke der Stadt und das ist eine um so auffallendere Erscheinung als — nach einer bezeichnenden gebräuchlichen Redensart — das Hemd einem immerhin näher als der Rock ist!

Da sind zunächst — um mit dem aus der Kriegszeit geborenen Schmerzenskind zu beginnen — die Verbraucherfragen: die Lebensmittelversorgung braucht fachverständigen Rat und wer wäre dazu besser geeignet als die Hausfrau, deren halbes Leben sich beim Einkauf und bei der Berechnung des Haushaltsetats abspielt? Die nötigen „großen Gesichtspunkte" wird sie sich, vor unendlich weitgestekte Aufgaben gestellt, mit der ihr eigenen Anpassungsfähigkeit rasch genug aneignen. Mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft ist die Wichtigkeit dieses Problems durchaus nicht erledigt. Billige Einkaufsgelegenheiten für die Gemeinde, rationelle Lagerung oder bahnmäßige Verteilung, Vermeiden von vorauszusehenden Verlusten, Ergänzung von Überschüssen, die bei minderbemittelten Bevölkerung wieder zugute kommen können, — das sind nur einige herausgegriffene Kapitel, die praktischen Frauensinn aufs höchste interessieren würden und für die der Mann, wie Beispiele aus der Versorgung der Städte gerade in den letzten Jahren zeigen, weder die Erfahrung noch die besondere Eignung mitbringt.

Denn das soll das Ziel der politischen Frauenbewegung sein: den Mann und sein Werk ergänzen. Das kann weibliche Mitarbeit ferner auch dem Gebiet der aktuellen Wohnungsfrage. Wieviel weiß hier die Frau zu einer gesunden Baupolitik zu sagen! Weiß sie doch jetzt, daß das größte und lustigste Zimmer nicht der „Salon" oder das „Herrenzimmer", dafür aber das Schlafzimmer oder die Kinderstube sein muß, will sie Gebäuden und Wohlbefinden ihrer Familie erhöhen. Nach solchen Grundsätzen, die nicht nur auf die „Armeleutewohnung", sondern auf die schrecklich-schönen suckornamentierten Mietskasernen des Mittelstandes nach Breite und Tiefe zu ergänzen sind, müssen fürderhin auch die Bauplänne geschaffen werden. Viel zu wenig Beachtung erfährt hier das Reichsheimstättengesetz von seiten der Frau, über das demnächst noch viel zu sagen sein wird. Da ist außer den praktischen und hygienischen Fragen auch die sittliche und kulturelle Seite des Wohnungsproblems zu beachten, das sich in Zwangseinquartierung und Baracdenbau zu einer großen Sorge für die Gemeinde auswächst und bei deren Bekämpfung man der mahnenden Frauenstimme nicht entraten sollte. Und weiter gehen die Nöte der Zeit eine schwere Aufgabe in der Wohlfahrtspflege. Ist das nicht das Feld, auf dem charitatives und soziales Frauenwirken schon lange vor der politischen Mündigkeitserklärung Anerkanntes leistete? Das Grundelement der weiblichen Natur, ihre Mütterlichkeit, findet hier schönste und reichste Entfaltung. Alle die verschiedenen Zweige der Fürsorge, von der erziehungsbedürftigen Jugend bis zum trostspendenden Altersheim der Stadt, warten der pflegenden und lindernden Frauenhand und als ein Beweis dafür, daß auch die Frau die ungeheuere Not unserer Zeit erkennt, ist ihr Hindrängen zum Sozialbeamtinnenberuf aufzufassen. Es stehen ferner die Frauenerwerbsfragen im städtischen Plan zur Diskussion und bei dem starken Zustrom der Frauenwelt auf den Arbeitsmarkt, angesichts der verständlichen Widerstände von männlicher Seite, denen oftmals unangenehme Reibungen von weiblicher Kraft entgegenstehen, ist die Schlichtung strittiger Fragen in gemeinsamer Beratung durchaus notwendig, soll Gerechtigkeit gewahrt werden. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die Demobilisierung der Frauen, die noch längst nicht durchgeführt ist, stehen. Ebenso darf die Gemeinde als Arbeitgeber die durch die wirtschaftliche Lage bedingte Parität nicht außer acht lassen.

So sehen die Interessen und Aufgaben der Frau in der Gemeinde, mit knappen Strichen gezeichnet, aus. Zwei Dinge sind es, die diese ihre Arbeit, die die Frau Stadtverordnete oder Magistratsrätin vor dem weiblichen Reichstags- und Landtagsabgeordneten voraus hat: einmal ist sie als Kind der Stadt mit ihren Bedürfnissen und Wunden in eingehender Lokalkenntnis durchaus vertraut und zum andern ist es hier der Hausfrau und Mutter in der Provinz möglich, politisch zu wirken. Eine Möglichkeit, die für ihre Aufstellung für die entfernte Hauptstadt des Landesparlaments, rein technisch genommen, meist ausfallen muß. Denn das Frauenwahlrecht darf sie ihren vornehmsten Pflichten nicht entfremden, es soll sie nicht aus der Familie herausfondern in sie hineinführen. Das passive und kommunale Wahlrecht aber ist der ideale Weg dazu.

Die medizinische Wissenschaft zu der Bewegung, das Abtreiben straffrei zu erklären.

Von Prof. Dr. Abberhalden-Halle.

Mit dem Eintritt der Schwangerschaft vollziehen sich im Organismus der Mutter gewaltige Umwandlungen. Ihr Körper bildet mit dem werdenden Wesen eine Einheit. Ganz neue Funktionen werden angebahnt. Es beginnen die Milchdrüsen sich auf die kommende wichtige Funktion der Ernährung des Säuglings vorzubereiten. Kein Organ der Mutter bleibt unbeeinflußt. Die Unterbrechung der Schwangerschaft bedeutet für den ganzen Organismus eine schwere Katastrophe. Sie wird nur unter ganz günstigen Verhältnissen ohne bleibenden Nachteil überwunden. Wir haben diese nicht in der Hand! Das werdende Wesen bedingt nicht nur umfassende Umgestaltungen in den verschiedensten Geweben der Mutter, darüber hinaus bedeutet die Schwangerschaft ein seelisches Erlebnis von tiefgehendster Bedeutung. Der Verlust der Leibesfrucht bewirkt eine seelische Erschütterung, die in vielen Fällen durch das ganze Leben nachklingt.

Die Behauptung derjenigen, die die Entfernung eines werdenden Wesens als einen unter den heutigen Verhältnissen unbedeutenden Eingriff darstellen, steht in schärfstem Widerspruch mit den Tatsachen. Jede noch so sorgfältig geleitete Entfernung einer Leibesfrucht birgt große Gefahren in sich. Sie wird deshalb nur in Fällen vorgenommen werden dürfen, in denen vom Arzte die absolute Notwendigkeit anerkannt ist.

Die erlaubte Unterbrechung der Schwangerschaft würde in kurzer Zeit die ganze Zukunft des Volkes untergraben. Alle Gesetze der Ethik würden vernichtet werden. Der Abtreibung würden nicht nur ungeeignete Kinder zum Opfer fallen, sondern auch zahlreiche Mütter. Die Bevölkerungszahl würde rasch sinken. Vom Standpunkt der medizinischen Wissenschaft aus muß aus den angeführten Gründen mit aller Entschiedenheit gegen die Freigabe der Abtreibung Stellung genommen werden. Die Behauptung, die Entfernung der Leibesfrucht sei ein leichter, für die Mutter bedeutungsloser Eingriff, ist unwahr. Diejenigen, die das Gesetz des Verbotes der Abtreibung — es sei denn, daß ein Arzt sie im Interesse des Lebens der Mutter für absolut notwendig erklärt — zur Aufhebung empfehlen, schmieden die schärfste Waffe gegen die Volksgesundheit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210104-16/fragment/page=0002

weiterhin in Kraft bleiben sollen. „Damit war, wie sich aus den Verhandlungen klar ergibt, namentlich bewiesen, die hinsichtlich der Rechtsgültigkeit der Höchstmietenanordnung laut gewordenen Zweifel zu beseitigen."

** Achtung! **Ehemalige Kriegsgefangene!** Bei Anträgen auf nachträgliche Bewilligung der Gefangenenlöhnung oder Erstattung der Fluchtkosten und geraubten Gegenstände müssen die vorgeschriebenen Fristen eingehalten werden. Sie betragen für die Löhnungsanträge drei Monate, für die Anträge der Fluchtkosten oder Entschädigung für die geraubten Gegenstände einen Monat nach dem Tage der Entlassung aus dem Durchgangslager oder des Betretens deutschen Gebietes. Ein gesetzlicher Anspruch auf Erstattung besteht nicht. Wegen häufiger Betrügereien in letzter Zeit werden Duplikate von Entlassungsscheinen nicht mehr hergestellt. Es bewahre ihn also jeder sorgfältig auf.

** Ein Musterschändrian bei der Post wird uns wie folgt aus unserem Leserkreis mitgeteilt: Am 15. Dezember 1920 vormittags 8 Uhr wurde bei dem Postamt Merseburg ein eingeschriebenes Paket nach Essen aufgegeben. Dieses Paket langte glücklich am 30. Dezember 1920, also doch noch im gleichen Jahre, mittags bei dem Empfänger in Essen an — in einer Zeit, in der man nach Amerika und wieder zurück reisen kann. Nebenbei bemerkt, enthielt das Paket als Weihnachtsgeschenk Verlobungskarten für eine am Weihnachtsfest bevorstehende Verlobung, was dieser unglaubliche Schlendrian für Unannehmlichkeiten und sonstige Auseinandersetzungen bei diesem Anlaß herbeigeführt hat, kann sich jeder selbst ausmalen. Nun ist aber doch nicht anzunehmen, daß das diesem eingeschriebenen einzigen Paket so gegangen ist, daß es über 15 Tage für eine allerhöchstens zweitägige Bestellungsreise brauchte — wie viele andere Weihnachtspakete mögen mit ihm an einer dunklen Stelle gelagert haben und erst jetzt in verdorbenem Zustande in die Hände ihrer Empfänger gelangt sein, bei denen sie längst angekündigt waren. Das hörte einmal festgestellt und den betreffenden pflicht- und verantwortungslosen Beamten und Hilfskräften recht deutlich zu Gemüte geführt. Solche Vorkommnisse sind allerdings kein Wunder, wenn man sich einmal den Postdienst auf den größeren Bahnhöfen ansieht. Die Hauptsache ist dort, daß die Zigarette keinen Schaden erleidet, die wird mit einer rührenden Fürsorge behandelt, die gegenüber den Postsachen gänzlich mangelt. Auch eine bemundernswerte Rücksichtslosigkeit gegenüber den auf den Bahnsteigen harrenden Reisenden zu sich kund von seiten der jungen Generation, die lieber die Leute anfährt und anrempelt, als höflich und zuvorkommend zu sein. Ob die Postsachen mit den betreffenden Zügen mitkommen, spielt gar keine Rolle, pfleglichere Behandlung der Pakete ist nicht am Platze, es ist doch so schön, wenn die Pakete ordentlich rollern und kollern. Wer den Postbetrieb auf den Bahnhöfen vor dem Kriege kannte und heute sieht — Anschauungsunterricht bietet in weitgehendstem Maße der Bahnhof in Halle — der sagt sich, daß hier nur der Prügel helfen könnte, denn die älteren Beamten, die ihren ordentlichen und sachgemäßen Dienst von früher gewohnt sind, können es nicht magen, gegen den modernen Dienst etwas zu sagen oder sich durchzusetzen — warum? Na, warum weiß jeder, weil diejenigen, welche eine solche „Dienst"leistung vollbringen, durch gesetzliche Bestimmungen vor Entlassung geschützt sind und die Jugend die dienstbeflissenen Beamten mit Anstachen und Frechheiten belohnt und mundtot macht. Das ist fast auch in allen anderen Arbeitszweigen so. Aber im öffentlichen Verkehr tritt dies besonders empfindlich zutage und es sollte sich niemand scheuen, dies auch öffentlich zu besprechen, damit endlich einmal Abhilfe geschafft wird und die Leute, um die es sich handelt, endlich zu Vernunft kommen und wirklichen Dienst tun.

** Schulanfang. Der 4. Januar ist der letzte Tag der doch allzu kurzen Weihnachtsferien. Erst einen Tag vor dem Heiligen Abend wird im alten Jahre Schluß gemacht, kaum hat die Jugend am Heiligen Abend Zeit, von der schweren Arbeit auszuatmen, da ist das Weihnachtsfest schon da. Kurz darauf Neujahr. Sie ist sich dessen noch gar nicht recht bewußt geworden und schreibt in Gedanken jedes Datum noch mit 1920, da öffnen sich schon wieder die Pforten. Und von wegen Verlängerung der Ferien? Trübe Aussichten dieses Jahr. Sehr trübe! Es ist viel zu warm. Von Kohlen- und Kälteferien keine Spur. Mit „Eisfrei" ists auch nichts. Ein sehr schlechter Winter dieses Jahr. Die Zeit bis Ostern ist viel zu lang. Da heißt es noch einmal tüchtig ran. Dreiviertel Jahr darf man faulenzen, das letzte Vierteljahr wird jedoch kein Spaß verstanden. Doch das schadet nichts. Eine gute Schulbildung ist die Grundlage des Fortkommens im späteren Leben. Deshalb lernet tüchtig!

** Die Hausfrau schaut nach den diesen Feiertagen erlöst auf. Wer waren es im ganzen, wenn man nicht, wie manche Leute, Weihnachten bis zum 6. Feiertage zählt. Und am meisten zu tun hatte dabei die Hausfrau. Sie wird schon sowieso nicht fertig und nun kam noch das berüchtigte Reinemachen vor dem Feste dran. Zu solcher Zeit sind die Hausfrauen nicht zu genießen und der Mann ist am liebsten nicht zu Hause. Mit dem 1. Feiertage war dann das Reinemachen glücklich zu Ende. Nun begann das große Geschäft des Zubereitens des Festes. Denn das Essen ist dem Deutschen die Hauptsache von jeher bei Festen gewesen, auch wenn er nicht viel hatte. Während die übrigen Familienmitglieder feierten, stand sie im Dampfe und Schweiße ihres Angesichts beim Herd und feuerte. Das dauerte jedoch nur bis Vormittags, nachmittags konnte sie auch feiern, während bei dem Reinemachen ganze Tage draufgegangen waren. So war doch wenigstens der halbe Tag gerettet. Das war ihr Fest. Gott sei Dank, daß es vorbei ist, „Gott sei Dank, daß sie fort sind", sagte die Frau, der man die Gänse gestohlen hatte, „nun habe ich wenigstens keine Arbeit mehr damit". So ist nach der Jahreswende der Alltag wieder in sein Recht eingetreten mit seiner Sorge und Arbeit. Reicht die Feuerung, reichen die Kartoffeln? — eine Sorge über der andern. Doch die deutsche Hausfrau geht rüstig ans Werk. Sie entwickelt eine bewundernswerte Fähigkeit und Ausdauer. Sie überwindet alles. Sie wird auch im neuen Jahre den Haushalt erhalten, das wieder ersparen, was beim Feste zuviel verbraucht worden ist, um zu ihrem Teil durch harte Arbeit am Aufstieg unseres Volkes helfen. H.

** Stenographen-Verein „Stolze-Schrey". Am 1. Januar 1921 fand im Kaffeehaus Meuschau ein Neujahrs-Kränzchen statt, das einen recht angenehmen Verlauf nahm. Im Laufe des Abends hieß der 2. Vorsitzende die zahlreichen Gäste sowie die auswärtigen Schriftfreunde aus Halle a. S., Weißenfels, Kayna usw. herzlich willkommen, beglückwünschte sodann die Brautpaare des Vereins mit Blumenarrangements und verteilte die Preise des letzten Prämienschreibens. Weiter wurden noch Anerkennungen in Form von Büchern an diejenigen Mitglieder verteilt, die die Übungsabende des Vereins am zahlreichsten im Jahre 1920 besuchten. Hieran schloß sich eine Verlosung. Die schönen Gegenstände erregten allgemeine Bewunderung und riefen eine freudige Stimmung hervor. Der dann wieder einsetzende Tanz hielt die Jünger der edlen Kunst bis zur Polizeistunde in fröhlichster Stimmung zusammen.

** Beamtenfortschulkurse. Die Vorkurse Januar/März d. J. beginnen wie folgt: Kursus 1 fällt aus. Kursus 2 Oberstleutnant Dr. Groß: Die Dramatiker des 19. Jahrhunderts (Montag, den 14. 2. von 7,15—9,15 Uhr abends). Kursus 3 Geh. Reg.-Rat Schwanert: Preuß. Verfassung — Fortsetzung — (Dienstag, den 11. 1. von 8—9 Uhr abends). Kursus 4 Univ.-Prof. Dr. Joerges: Die Bodenreform in ihrem Wesen und in ihrer Geschichte (Donnerstag, den 13. 1. von 7,15—8 bis 9,15 Uhr abends). Kursus 5 derselbe: Gesellschafts- und Staatsauffassungen (Donnerstag, den 20. 1. von 7,15—9,15 Uhr abends). Wir verweisen auf die Anzeige in heutiger Zeitung.

*

Für unsere Hausfrauen.

Freibank: Für die Ordnungsnummern 1151—1300 am Mittwoch, vormittags 8—9½ Uhr.

*

Das bisherige Ergebnis der Sammlungen für „Kind in Not".

Nach unseren Erkundigungen beim städtischen Rechnungsamt haben die Sammlungen in der Stadt Merseburg bis zum heutigen Tage ergeben:

1. Straßensammlungen	6 482,48 M
2. Haussammlungen	13 277,80 M
3. Sammlungen von Vereinen	1 448,80 M
4. Schulsammlungen	1 127,62 M
5. Bewilligung der Stadt	3 000,00 M
zusammen:	25 336,70 M

Es stehen noch aus bezw. sind in obigen Sammlungen nicht mit enthalten: 1. Betriebssammlungen, 2. der Reinertrag aus den Veranstaltungen des Vaterländischen Frauenvereins, 3. die kirchlichen Sammlungen.

*

Nachschau von Getreidevorräten.

Der preußische Staatskommissar für Volksernährung hat, wie der Preußische Pressedienst mitteilt, ein Schreiben an die Kommunalverbände gerichtet, in dem Anweisungen gegeben werden über die Durchführung der Nachschau nach Vorräten an gebrochenem Getreide, die bereits vor einiger Zeit in der „Vossischen Zeitung" angekündigt worden ist. Die Nachschau soll sich nur auf die landwirtschaftlichen Betriebe erstrecken, die mit der Ablieferung säumig sind. Es werden besondere Nachschauabteilungen gebildet. Alle überflüssigen Härten bei der Durchführung der Nachschau sollen vermieden werden. Andererseits muß dafür gesorgt werden, daß etwa geleisteter Widerstand unter allen Umständen in kürzester Zeit gebrochen werden kann. Zu diesem Zweck sind die Regierungspräsidenten ersucht worden, hinreichende Polizeikräfte bereitzuhalten.

*

Reichsnotopfer und Kriegsanleihe.

Hat ein Steuerpflichtiger, der zur Entrichtung des Reichsnotopfers selbstgezeichnete Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reiches verwenden will, die Bank, die Sparkasse oder die Unternehmung, bei der sich die Kriegsanleihestücke in Verwahrung befinden, nachweislich vor dem 1. Januar 1921 beauftragt, einen bestimmten Betrag zur Bezahlung seiner Reichsnotopferschuld einer Annahmestelle für Wertpapiere einzureichen, so gilt dieser Auftrag als Antrag und der Tag des Eingangs des Auftrags bei der Bank als Tag der Hingabe der Wertpapiere. Daraus ergibt sich, daß der am 2. Januar 1921 fällige Zinsschein dieser Stücke der Kapitalertragssteuer nicht unterliegt, und zwar auch dann nicht, wenn der Zinsschein von den genannten Unternehmungen bereits am Tage des Eingangs des Auftrags getrennt war. In diesen Fällen hat die Bank usw. bei Ausführung des Auftrags der Annahmestelle eine über ihr ausgestellte Bescheinigung über den Tag des Eingangs des Auftrags mit vorzulegen.

*

110. Bildungsabend.

Der erste Bildungsabend im neuen Jahre wurde vom Oberlehrer Hemprich eröffnet mit herzlichen Wünschen zum Jahreswechsel. Sodann gab der Leiter einen Überblick über die Veranstaltungen im vergangenen Jahre. Es fanden 58 Bildungsabende statt, die sich bewährten mit Schauspiel (10 Abende), Musik (8), Kunst (7), Wettersammlung und Erziehung (11), Naturwissenschaft, Erd- und Heimatkunde (6), Literatur (7), Staatsbürgerkunde und Volkswirtschaftslehre (8). Der Besuch der Bildungsabende war ein ganz bedeutender: 12180 Besucher sind für 1920 zu verzeichnen. So hat das Bildungswesen in Merseburg eine recht erfreuliche Entwickelung zu verzeichnen. Vor allem verdient hervorgehoben zu werden, wie großzügig das Unternehmen geleitet wird. Vorwärtsschritt und Gemeinschaft haben sich mit der Leitung der Bildungsabende zusammengetan, um eine Zersplitterung in dem Bildungswesen zu verhüten. So liegt das erfreuliche Ergebnis vor, daß alle Stände und Parteien in den Bildungsbestrebungen einig sind. Auch in den bevorstehenden Wochen und Monaten wird wiederum Wertvolles geboten werden. Am 10. Januar ist die Rede von Grünewald „dem Großmeister des Expressionismus". Eine Kunstausstellung mit wertvollen Bildern wird sich anschließen. Ein weiterer Bildungsabend wird sich befassen mit „Goethes Liedern in Schuberts Tönen". Auch ist ein Konzert des Halleschen Lehrergesangvereins (Leitung Seminarmusiklehrer Trenkner) in Aussicht genommen, sowie Konzerte der Orchester-Vereinigung und der Volkssingakademie. Die Hauptarbeit der Bildungssache wird freilich in den Arbeitsgemeinschaften geleistet, auf deren Ausbau fortgesetzt Bedacht genommen wird.

Nunmehr hielt Sekretär Kaisel über Goethes „Faust". Er knüpfte an seine früheren Ausführungen über diese Dramen an und zeigte, wie das deutsche Volk maßlos sei in zwei Dingen: im Kampf und im Genuß. Das ist es, was auch im „Faust" zum Ausdruck kommt. Wenn wir an „Faust" herantreten, so ist es, als ob man einen Dom betritt. Beide haben Gemeinsames. Sie sind die stärkste Art gehobenen Ausdrucks, Generationen trugen zum Werden des Kunstwerkes bei. Das gewaltige Werk trieb ins Gegenstandslose, in das Ewige, es will sich seelisch auswirken. Was sucht Faust? Alle Fakultäten hat er durchstudiert und doch keine Befriedigung gefunden. Bei seinem Studium hat er seinen inneren Menschen nicht verloren. Sein Suchen richtet sich auf Gott, der ihn, den Faust, zu einer Tat drängt. Was er sich erarbeitet hat, ist nicht für ihn selbst, sondern für andere bestimmt. Nun will er nicht mehr „in Worten traumen", sondern eine Tat, die seinem Innern entspricht. Was macht ihn so unglücklich? Nicht, daß er nichts weiß, sondern daß wir nichts wissen können. So lebt in ihm ein maßloser Entwickelungsdrang, von dem er als Germane nicht loskommt. In diesem Sinne ist auch sein Wort zu verstehen: „Wo faß ich dich, unendliche Natur?" Ein anderes Wort Goethes paßt hierher: „Die Natur lebt in lauter Kindern, und die Mutter, wo ist sie?" Das Warum ist der Kern von Faults Weltanschauung. Von seinem Dämonischem ist Faust beseelt. Es ist dies eine durchaus positive Tatkraft. In großen Männern, wie Luther, Beethoven, Bismarck wirkte das Dämonische. Goethe hat diesem geheimnisvollen Trieb in seinem Faust einen Dom gebaut. Faust ist zerbrochen an seiner Lebensaufgabe, aber nicht an seinem inneren Menschen. An Stelle des Wissens tritt bei ihm das Schauen. Nicht allein mit dem Verstande, sondern vor allem mit dem Gefühl, und in der Stille erkennen wir das Innere der Welt. Zwei große Gegensätze treten uns in Faust und seinem Famulus Wagner entgegen. Gegensätze, die auch in dem Leben der Gegenwart reichlich zu finden sind. Möchten die Deutschen immer mehr Sucher werden wie Faust, daß wir uns zu uns selbst finden!

Mit einem Hinweis darauf, daß das Buch Hiob, dem Goethe als Bibelfestner eine große Beachtung schenkte, bei der Abfassung des ersten Faustteils eine große Rolle gespielt hat, wurde der Abend geschlossen.

*

Erhöhung der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.

Der Gesamtvorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt nahm in einer Sitzung vom 31. Dezember 1920 zu der neuesten Änderung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Stellung. Durch die Neuerungen ist in der Durchführung dieser Versicherung manche Verwirrung angerichtet worden. Sie besteht darin, daß nach Anordnung des Reichsarbeitsministeriums plötzlich vom 30. Dezember 1920 an nur noch Beitragsmarken zu dem von diesem Tage an eingeführten doppeltem Werte zu haben sind, ohne daß diese Marken eine besondere Kennzeichnung erhalten haben. Die Arbeitgeber, die auf rückstehende (also vor dem 20. Dezember 1920 liegende) Zeiten noch Marken zu verwenden haben, müssen diese zu dem höheren Preise einkaufen und sich demzufolge benachteiligt. Andererseits kann auch eine unberechtigte Bereicherung dadurch eintreten, daß ein Arbeitgeber größere Markenbeträge an jenem 20. Dezember kaufte und sie nun auch für spätere Zeiten verwendet, wodurch eine Benachteiligung der Versicherung eintritt. Der Gesamtvorstand der Versicherungsanstalt war der Meinung, daß wohl noch niemals ein Gesetz gemacht worden ist, das auf so Erforderliche der Praxis weniger Rücksicht nimmt als dieses. Wenn man schon die alten Marken weiter benutzen wollte, so hätte das nur geschehen können, nachdem sie mit einem neuen Ausdruck versehen sind. Man hat das am 18. Dezember im Reichstag beschlossene Gesetz bereits am 20. Dezember in Kraft gesetzt, ohne daß dieses Gesetz selbst im Reichsgesetzblatt erschienen ist und ohne daß die amtlichen Ausführungsbestimmungen bekannt wurden. Es sind außerordentlich viele Arbeitgeber an die Landesversicherungsanstalt darüber gerichtet worden, wie sie sich verhalten sollen. Man weiß eher auch da keinen Rat. Man beschloß, sofort das Reichsarbeitsministerium telegraphisch um Anweisung zu ersuchen. Jedenfalls stehe soviel fest, daß die Versicherten auf keinen Fall verpflichtet sind, die Differenz zu zahlen. Ob auch die Arbeitgeber einen Anspruch auf Schadenersatz haben, wenn sie berechtigter und nachgewiesener Weise nach dem 20. Dezember auf Zeiten vor diesem Tage die Marken zu dem höheren Preise kaufen mußten, stehe keineswegs fest und sei sehr fraglich. Man könne empfehlen, in Fällen, in denen die Markenverwendung nicht so sehr eile (wie z. B. bei Entlassung von Arbeitern) die Beitragsentrichtung so lange hinauszuziehen, bis nähere Ausführungsbestimmungen erschienen sind.

Die neuen Beihilfen, die vom 1. Januar 1921 an zu gewähren sind, werden ohne weiteres von den Postanstalten ausgezahlt. Es ist also nicht nötig, daß zu ihrer Erlangung ein besonderer Antrag an die Landesversicherungsanstalt zu richten ist. Das wird nur nötig sein, wenn in einem besonderen Falle die Post die Beihilfe nicht auszahlen sollte. Die Beihilfe beträgt für jede Invaliden-, Kranken-, Alters- und Witwenrente monatlich 40 M und für jede Waisenrente monatlich 20 M. Die seitherigen „Zulagen" werden auch weiter gewährt, so daß alles zusammen eine Invalidenrente monatlich etwa 90 M, Altersrente 85 M, Witwenrente 62 M und Waisenrente 33 M beträgt. Auch mit diesen Bezügen können die Erwerbsunfähigen nicht auskommen, sie sind auf fremde Hilfe angewiesen, wenn sie nicht verhungern wollen. Durch das neue Gesetz und die mit ihm eingetretene Verdoppelung der Beiträge werden die neuen Lasten durch die „Beihilfen" nicht gedeckt. Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt hatte schon im Jahre 1919 einen Fehlbetrag von mehreren Millionen Mark. Im Jahre 1920 ist er noch viel größer geworden. Es ist also eine weitere Erhöhung der Beiträge in allerkürzester Zeit unerläßlich.

*

Wetterwarte.

V. W. am 5. 1. (Mittwoch): Meist wolkig bis trüb, mild, Regen. — 6. 1. (Donnerstag): Etwas kälter, wolkig, zeitweise heiter, etwas Niederschläge.

---

§ **Leunawerke, 4. Jan.** Am zweiten Neujahrstage, abends 7 Uhr, erfreuten uns die Mitglieder des Stadttheaters Jena wiederum durch einen Theaterabend. Der Besuch war erfreulicherweise ein sehr zahlreicher. Zur Aufführung kam Hermann Sudermanns sinnliche Komödie „Die Raschhofs". Die Handlung spielt in der Besitzung von Raschhofs und deren Vorwerk, in der Zeit vor dem Kriege. Unter der bewährten Leitung des Herrn Rudolph ging das Stück ausgezeichnet über die Bretter. Herr Rudolph selbst in der Rolle des Rittergutsbesitzer Raschhoff, ist ein fast unübertrefflicher Charakterdarsteller, besitzt einen unverwüstlichen Humor, sein Spiel ist lebenswahr. Mit der Rolle als deßen Sohn Bernhard, fand sich Herr Homfeldt sehr gut ab. Frau Maja Sendahl-Rudolph als „Wally Friedrich", eine sehr gefällige Bühnenerscheinung, hatte in ihrer Rolle weitgehendst Gelegenheit, ihr schauspielerisches Können zu entfalten, ihr Spiel ist ungekünstelt. Nicht unerwähnt seien auch die übrigen Darsteller, Gertrud Hoffmann, Elsa Schneider, Steffi Stefani und das niedliche Hausmädchen Elsa Troße, ebenso Hugo Keßler und Arthur Baum, welche sämtlich zum guten Gelingen des Ganzen beitrugen. Weitere Theaterstücke guten Inhalts sind in Vorbereitung. M—a.

§ **Geusa, 4. Jan.** Kein Kindsmord. Zu der in Nr. 298 dieser Zeitung enthaltenen Meldung aus Geusa wird uns von den Verwandten der Kriegerwitwe mitgeteilt, daß es sich bei der Meldung um die Verleumdung eines Berichterstatters oder seiner Hintermänner handele. Auf die Anzeige der Hebamme hin wurde das Kind nach der Untersuchung durch den Kreisarzt zur Beerdigung freigegeben und bestattet. Die Pfarre hatte keinerlei Kindesstörung zu gestehen und nicht gestanden. Unser Berichterstatter, gegen dessen Meldung wir Vorsicht gebrauchten, beruft sich auf seinen ihm unbedingt vertrauenswürdigen Gewährsmann. Die Folgerungen in unserem Bericht, die an die Tatsache der zweimaligen Totgeburt anknüpften, sind nach dieser Mitteilung der Verwandten natürlich völlig hinfällig.

§ **Wölkau, 4. Jan.** An der Kalteneiserner Straße zwischen Kilometer 5,7 und 6,0 sind in der Nacht vom 26. zum 27. Dezember 1920 neun jungen Obstbäumen die Kronen abgeschnitten und zwei neue Baumpfähle abgebrochen worden. Das Landesbauamt setzt 300 M für die Ermittelung des Baumfrevlers aus.

Mücheln und Umgegend.

Querfurt, 4. Jan. Der Kunstmaler Georg Muche, ein geborener Querfurter, wurde zum Professor an das Staatliche Bauhaus in Weimar berufen.

Querfurt, 4. Jan. Am 27. Dezember 1920 entwich der FürsorgezöglING Kurt Stein aus der Erziehungsanstalt Kreuzberg. Stein ist ein schwerer Junge und war bereits mehrere Male flüchtig. Sein Aufenthalt wird wahrscheinlich Querfurt oder die Umgebung sein. Stein ist von kleiner Statur und hat dunkelblonde Haare und Augenbrauen. Zweckdienliche Angaben werden auf dem Polizeibüro entgegengenommen.

Turnen — Spiel — Sport.

V. B. Hohenzollern.

Die glücklicheren Mannschaften waren am 1. und 2. Januar vor der Jugend die Herrenmannschaften. Am 1. Januar konnte die dritte Mannschaft in überlegenem Spiele Eisleben mit 2:0 abfertigen. Noch erfolgreicher war die zweite Mannschaft, die Vorwärts-Köpschen am 2. Januar mit 8:3 heim schicken konnte. Die Mannschaft verdient ein Gesamtlob. Recht gut gefielen Schum und Lauterbach. Hervorhebenswert zeigt die Elf am kommenden Sonntag gegen Preußen die gleiche Form. — Die Jugendmannschaften weilten am 2. Januar in Halle. Zum Teil mit Ersatz antretend und unvorbereitet, unterlag die I. Jugend der gleichen Mannschaft des B. f. Z. 96 mit 0:2, und die II. Jugendmannschaft mit 1:5. Dafür machte die I. Knabenmannschaft mehr Freude. Die junge Mannschaft konnte ihr erstes Spiel mit 4:1 gegen die 96er-Gegner gewinnen. In der sehr eifrigen Mannschaft glänzten Wiemann und G. Vollrath. Wir gratulieren herzlich zu diesem Erfolge.

*

Turn- und Sportverein Neurößen. Neurößen hatte am Neujahrstage einen schwarzen Tag. Da sieben Spieler der Mannschaft auf Urlaub in ihrer Heimat weilten, mußte Neurößen, um das Spiel austragen zu können, ebensoviel Spieler der zweiten Mannschaft heranziehen. Der eingestellte Ersatz befriedigte nur zum Teil. Auch den übrigen, sonst guten Leuten merkte man an, daß sie sich am Neujahrstage auf dem Platze nicht wohl fühlten. Der gebotene Sport seitens Rößen war deshalb sehr mäßig. Umsomehr freute man sich über die Schnelligkeit und das gute Zuspiel der Germanen, wodurch sie den Sieg verdient davon trugen. Der Mannschaft gebührt ein Gesamtlob. Der Schiedsrichter Harnisch (B. f. L.-M.) war gut und einwandfrei. — Nach diesem Spiel trafen sich die ersten Jugendmannschaften beider Vereine im Gesellschaftsspiel und trennten sie sich bei einem Resultat von 3:1 (1:1) für Germania. — Am 2. Januar mußte Neurößen Jugend I. nur mit acht Mann spielend, Borussia-Halle Jugend im Verbandsspiel mit 2:7 (2:0) den Sieg überlassen. Der Schiedsrichter, der sich sein Amt sehr bequem machte, konnte nicht befriedigen.

Vermischte Nachrichten.

Verhaftung zweier Diebesbanden in Berlin. Für mehrere Millionen Teppiche beschlagnahmt.

Eine überraschende Aufklärung haben die zahlreichen Einbrüche, die in der letzten Zeit im Berliner Westen und in den westlichen Vororten verübt wurden, jetzt gefunden. Der Berliner Kriminalpolizei gelang es, die frechen Einbrecher dingfest zu machen, und zwar den Automobilbesitzer Zoll, den Kellner Otto und den Stellmacher Achteick. Otto hielt sich ein Reitpferd und pflegte in den Vormittagsstunden im Tiergarten spazieren zu reiten. Ein angeblicher Baron Windfried v. Charlottenburg eingebrungen war und hier für über eine Million Mark Zollmarken gestohlen hatte. In ihren Wohnungen fand die Kriminalpolizei einen großen Teil der Diebesware, darunter zahlreiche echte Teppiche, die einen Wert von mehreren Millionen haben. Bei den Verhaftungen, die teils mit großen Schwierigkeiten gegen heftigen Widerstand ausgeführt wurden, gelang es den Polizeibeamten auch, den seit längerer Zeit von der Staatsanwaltschaft gesuchten Einbrecher Erich Kessel festzunehmen, der den Einbruch in die chilenische Gesandtschaft verübt hatte.

Briefkasten der Schriftleitung.

H., M. Wir legen Ihre Anfrage dem hiesigen Finanzamt zur Klärung vor. Verfahren Sie nach der gesetzlichen Bestimmung, daß jeder Arbeitgeber den nicht ständig von ihm beschäftigten Arbeitnehmern bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. des von ihm auszuzahlenden Arbeitslohnes einzuhalten hat und die fälligen Steuermarken dafür klebt.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Köhler, für Merseburg, Leuna und Umgegend Philipp Schmitt
für Kreisteil und Anzeigen: Walter Schmidt, Merseburg, Gänseplatz 10 Verleger
Druck und Verlag der Firma Th. Walter in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210104-16/fragment/page=0003

Anzeigen.
Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärtigen Blättern.

Gestorben.
Anna Nopens geb. Thieme (51 J.), Querfurt; Karl Glocke (86 J.), Mücheln; Walter Bille (9½ J.), Schkeitbar; Ernst Werner (87 J.), Schkeuditz; Friederike Stichmüller (85 J.), Leutzsch.

Vermählt.
Karl Jäger und Selma geb. Hoffmann, Crumpa; Oswald Schmidt und Martel geb. Kirbitz, Halle; Willi Stöbe und Toni geb. Künker, Itzschen.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung erwiesene Aufmerksamkeit sagen wir hierdurch allen unseren

herzlichsten Dank.

Hermann Nerre und Frau
Anna geb. Kahse.

Spergau, den 1. Januar 1921.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen, sagen wir allen denen, die ihn während seiner Krankheit unterstützten, für die Kranzspenden, für das Geleit zur letzten Ruhestätte und insbesondere Herrn Pastor Werther für die trostreichen Worte am Grabe unseren herzlichsten Dank

Merseburg, den 4. Jan. 1921.

Wwe. Louise Prang und Kinder.

Nutzholz-Auktion

Montag, den 17. Januar, vorm. 10 Uhr, sollen im Landhaus zu Popitz bei Schkeuditz die nachstehend aufgeführten, im Forstrevier Alt-Scherbitz eingeschlagenen Hölzer gegen Barzahlung versteigert werden:

1 Eiche = 1,32 Festmeter
13 Rüstern = 21,38 Festmeter
61 Pappeln = 200,94 Festmeter
von 37 bis 81 cm Durchmesser.

Bedingungen werden im Termin bekanntgemacht. Aufmaßlisten sind gegen Erstattung der Unkosten durch die Gutsverwaltung Alt-Scherbitz bei Schkeuditz zu erhalten.

8ung Sonderangebot 8ung!
Pa. Schweineschmalz
unausgelassen Pfund Mk. 18,—
ausgelassen Pfund Mk. 18,75
Lebensmittel-Halle (Bernh. Mottnau) **Oberbreite-Str. 12.**

Möbliert. Zimmer zu vermieten. Betten ist zu stellen. Markt 23.

Gut möbl. Wohn- u. Schlafzim. an 2 Herren zu vermieten. Weiße Mauer 20, pt.

Einfach möbl. Zimmer oder bessere Schlafstelle per sofort gesucht. Angeb. unter 2978 an die Exp. d. Bl.

Suche möbl. Zimmer für sofort. Ang. unt. 2970 an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer sucht ein nach hier versetzter Beamter für sofort. Angebote unter Nr. 2950 an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer von Beamten gesucht. Betimädchen wird geliefert. Angeb. erbeten nach Dammstr. 6, part.

Junger, gebildeter Mann sucht für sofort sauber
möbliertes Zimmer
(mögl. Familienanschluß). Ang. u. 2975 a. d. Exp. d. Bl. erb.

Herr,
wenig Zuhause, sucht für sofort oder später
1–2 möbl. Zimmer.
Angebote an Hotel „goldene Sonne".

Schlafstelle oder möbl. Zimmer gesucht. Angebote unter 2972 an die Exped. d. Bl.

Zu tauschen gesucht wird
2—3-Zimmer-Wohnung,
Küche und Zubehör, möglichst in neuerem Hause, gegen Stube, Kammer, Küche, Vorflur. Ang. unt. 2976 an die Exped. d. Bl.

Guterh. Badeofen, Gas oder Dampf, nebst Wanne, zu kaufen gesucht. Off. unt. 2979 an die Exp. d. Bl.

Montag früh 5 Uhr verschied sanft nach jahrelangem Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter,

Frau Luise Horn
geb. Franz
im 70. Lebensjahre.

Merseburg, d. 3. Jan. 1921.

Um stilles Beileid bitten im Namen aller Hinterbliebenen:

Familie Max Horn.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr von der städtischen Friedhofskapelle aus statt.

National-Kasse
zu kaufen gesucht.
Angebote unter 2961 an die Expedition dieses Blattes.

Ein Sportwagen mit Verdeck, Friedenswagen, verk. Weißenfelser Str. 30, Hof.

1 Paar Langstiefeln, Gr. 29, zu verkaufen Neumarkt 35

1 Grammophon mit Platten und Futter-Rüben zu verkaufen Skuppin, Breite Straße 7.

Badeeinrichtung
mit aufzeit. vorzellanemaillierter Wanne, kupferrnem Gasbadeofen mit Brause u. Zimmerheizunterteil, alles Friedensware, nur vor dem Kriege wenig gebraucht, weil überzählig, zu verkaufen. Anfragen unter 2973 an die Exp. d. Bl.

1 guterhalt. eis. Küchenherd, 55×80 cm, 1 Wärmeröhre, 65×45 cm, 1 Wasserschiff, außeis., zu verkaufen Dammstr. 6, part.

Hänge-Gasglühlicht, 1 Arm, zu verkaufen Wilhelmstraße 2, 1 Tr.

Leichter Wagen (Hinterlader) billig zu verkaufen Fährendorf 38

Zwei Hasen-Häsinnen sowie ein Fernrohr mit Etui (Feldstecher) zu verk. Hirtenstr. 7, 2 Tr.

1 Pferd (Oldenbg. Kreuzung) zu verkaufen. Zu erfragen Kleinkayna Nr. 23.

Männer-Turnverein.

Der Turnbetrieb beginnt heute, Dienstag, d. 4. Jan., i. d. alten Turnh., Brauhaus für Mitgl. und Jgdt. Dienst. u. Donnerst. 8 Uhr.

Schüler Dienst. u. Donnerst. 6 Uhr. Turnerinnen Freitag 8 Uhr. Schülerinnen Freitag 6 Uhr. — Gesellschafts- u. Alte Herren Riege wieder eingerichtet. Zahlr. Besuch all. Abt. wird erwart.

Beamtenhochschulkurse.
Am 11. d. M. beginnen die W. H. K. Januar/März in der Lyzeumsaula und zwar die Kurse 2—5. Kurl. 1 (Philosophie) fällt aus. Weiteres siehe unter Lokalnachrichten.
Die Leitung.

Mandolinen-Verein
Merseburg.
Donnerstag, 6. Januar 1921, abends ½8 Uhr,
Generalversammlung
im „Hohenzollern".

Ein überzähliges
Arbeitspferd
zu verkaufen Göhlitzsch Nr. 5.

Stachelbeersträucher
zu verkaufen Teichstraße 11.

1 Ztr. Ammoniak
verkauft Kurze Straße 6.

Zement
in jeder Menge zu haben
Bielig, Blumenthalstr. 7.

Metallbetten,
Stahldrahtmatratz., Kinderbetten, Polster an Jedermann. Katal. frei. Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

Quittungsbücher für Miete, Zinsen, Pacht
hält vorrätig
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Allen **Epilepsie-** (Fallsucht-, Krämpfe) sowie **Bettnässen** (Blasenleiden, Blasenschwäche-) **Leidenden** ert. kostenl. Auskunft auch in schwierigen Fällen
Pfarrer u. Schulinspektor a. D. P. O. Flegler, Niewerle S. 365 N.L.

Geschlechts-kranke jeder Art (Harnröhrenleiden frisch u. spez. veraltet, Syphilis, Mannesschwäche, Weißfluß) wenden sich sofort vertrauensvoll an **Dr. med. Damman's Heilanstalt, Berlin S 103** Potsdamerstr. 123 B. Sprechstund.: 9—11 u. 2—4, Sonnt. 10—11 Uhr. Belehrende Broschüre mit tausenden freiw. Dankschreiben und Angabe bewährter Heilmittel (ohne Quecksilber u. andere Gifte, ohne Einspritz., ohne Berufsstör.) gegen 1,— Mk. diskret in versch. Kuvert ohne Absender. Leiden genau angeb.

Junge Frau empfiehlt sich zum
Ausbessern von Wäsche und Kleidung
in und außer dem Hause.
Näh. Gotthardtstr. 33, 1 Tr.

Latein- und französische Nachhilfestunden.
Zwei Schüler oder Schülerinnen können sich noch melden
Annenstraße 2, 1 Tr. r.

Wer erteilt Violin-Unterricht?
Off. m. Preis u. 2971 a. d. Exp. d. B.

Merseburger Musikverein.
Mittwoch, den 5. Januar 1921, abends 7 Uhr
Klavier-Abend von Professor Josef Pembaur.
Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Der Böse Buben-Ball
Das Tagesgespräch von Merseburg.
Vorverkaufskarten: Scheunert, Entenplan, Kretschmer, Markt 18, Casino-Cafe.

Kohlenbezugscheine
werden zur sofortigen Lieferung nach Tagespreis entgegengenommen
P. Naumann, Hirtenstraße 11.

Schlachtvieh-Versicherungsverein Dürrenberg u. Umgebung
übernimmt die Versicherung der Schlachtschweine gegen Seuchengefahr und Tod oder notwendig werdendes Töten derselben.
Vertreter für Merseburg und Umgegend:
Herr Harry Kämpfe in Leuna-Dorf 40 a.
Schweine-Versicherungsverein Dürrenberg u. Umgebg.
Franz Bauermann, Keuschberg, Vorsitzender.

Damen-Haus-, Zier- und Tändel-Schürzen
in verschiedenen Formen und Stoffen,
Kinder-Schulschürzen
aus soliden Waschstoffen
in allen Größen und großer Auswahl
zu besonders billigen Preisen.
Kinder-Kittel
aus soliden Stoffen wie Tuch, Cheviot etc.
40—55 cm lang,
in allen Größen **das Stück M. 32.—**
Kinder-Kittelkleider
aus 1a Velourbarchent und anderen Waschstoffen, 45—55 cm lang,
in allen Größen **das Stück M. 25.—**
vorrätig bei
Otto Dobkowitz
Merseburg.

Achtung! Achtung!
Damen und Herren ersparen viel Geld, wenn Sie Ihre alten unmodernen Hüte zu den modernsten Formen umpressen lassen.
Billigste Preise! Kurze Lieferzeit!
Annahmestelle:
Frau Mollnau, Ob. Breitestr. 12. (Gold. Kugel.)

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Junger Herr,
20 Jahre, wünscht die Bekanntschaft einer jungen Dame zwecks freundschaftl. Verkehres. Spätere Heirat nicht ausgeschlossen. Angebote unter 2974 an die Expedition dieses Blattes.

Unserem früheren Montageleiter, jetzt Betriebsleiter in M., Herrn E. Thelle u. s. kl. Frau zu ihrem Doppel-Wiegenfeste
ein doppel-dreifaches „Hoch"
daß es bis nach Zöschen hallt.
Die Monteure d. L. K. W.

M. S. S.
Jahres-Hauptversammlung
am Freitag, den 7. Jan. 1921, pünktlich ½8 Uhr im „Preußischen Adler"

Verein für Leibesübungen
Turnabt. Allg. Turnverein.
Turnhalle Brauhausstraße.
Die Turnstunden finden von Mittwoch, den 5. Januar, wie folgt statt:
Für Turner und Jugendturner Mittwochs und Sonnabends 8—10 Uhr abends.
Für ältere Herren (Altersriege) Sonnabends 8—10 Uhr abends.
Für Leichtathletik Mittwochs u. Sonnabends 8—10 Uhr abends.
Für Turnerinnen Montags u. Mittwochs 8—10 Uhr abends.
Für Schülerabteilung Mittwochs u. Sonnabends 6—7½8 Uhr abds.
Anmeldungen werden daselbst entgegengenommen.
Der Turnrat.

Voranzeige. **Funkenburg.** Voranzeige.
Turnverein „Jahn", Merseburg.
Sonntag, d. 16. Jan., Maskenball.
Der Wirt. Das Festkomitee.

Allgemeiner Turn-Verein Spergau.

Sonntag, den 9. Januar 1921
im Gasthof zur Linde
großer
Maskenball
mit Überraschungen und Prämiierung.
Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

Preuß. Krone Spergau

Mittwoch, d. 12 Jan., Anf. 8 Uhr
die berühmten Leipzig. Krystallpalast-Sänger.
Noch nie gehörtes Programm.
U. a. „die falsche Adresse".
Tränen werden gelacht. Vorzügliches Quartett u. Sologesang, wozu freundlichst einladet
A. Winkler.

Französisch. Unterricht (auch Nachhilfe-Unterricht) wird erteilt. Gefl. Angebote unter 2977 an die Exp. d. Bl.

Wer nimmt ein 16 jähriges Mädchen als **Lehrling in der Schneiderei** an? Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Lediger Knecht wird gesucht Breite Straße 22.

Schlosser für Ueberlandbahn Merseburg-Mücheln sofort gesucht. Betriebsbahnhof Frankleben.

Lehrling stellt Ostern ein Friseur Donat, Am Bahnhof.

Einige junge Mädchen finden dauernde Beschäftigung G. Dorfmann, Clobikauer Straße 20.

2 Frauen zum Zimmerreinigen gesucht Lauchstedter Straße 2.

Eine ordentliche Frau zum Wäscheausbessern sucht das Krankenhaus.

Perfekte Weißnäherin gesucht. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Frauen oder Mädchen zur Landwirtschaft sofort gesucht L. Weniger, Obere Breite Straße 5.

Älteres Alleinmädchen gesucht Ober-Altenburg 1, Frau von Brandenstein.

Suche für sofort **junges Mädchen** für Landhaushalt im Alter von 16—18 J. nach Kreis Torgau. Zu erfr. b. Kolbe, Luisenstr 10, p.

Ein fleißiges, ordentliches
Dienstmädchen
sofort gesucht
L. Weniger, Obere Breite Straße 5.

Aufwartung für vormittags sucht Hanse, Naumburger Str. 29.

Aufwartung sof. ges. Gr. Ritterstr. 13, 1 Tr.

Aufwartung für 1 Tag in der Woche gesucht. Frau Dr. Brack, Neu-Rössen, Mittelstraße 21.

Junges Mädchen als Aufwartung für den ganzen Tag sofort gesucht. Sengewold, Gutenbergstr. 1.

Wolfsspitz zugelaufen. Abzuholen Johannisstr. 7, pt.

Dobermann (Rüdin) entlaufen auf den Namen Prinz gehörend. Wiederbr. erhält Belohnung. Kötzschen Nr. 2.

Tüchtigen, jüngeren
Kontoristen
per bald gesucht. Angebote mit Lebenslauf u. Gehaltsansprüchen unter 2964 an die Exped. d. Bl.

Suche für Ostern für mein Zigarren-Detail- und Engros-Geschäft einen
Lehrling
mit guter Schulbildung unter günstigen Bedingungen.
Hermann Pfautsch, Zigarren-Fabrik, Gotthardtstraße.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210104-16/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 2. Dienstag den 4. Januar 1921. 47. Jahrg.

Drei Wege!

Von Landwirt F. Schierwagen-Schönewerda.

Die Landwirte von heute fordern mit immer größerem Nachdruck die Aufhebung bezw. den Abbau der Zwangswirtschaft, die Fehler gezeigt hat, welche unbedingt beseitigt werden müssen. Man muß dem zustimmen, denn mit Höchstpreisen und Vorschriften für den Anbau ist eine Steigerung der Produktion nicht zu erzielen. Aber man muß sich die Frage vorlegen: Wie soll der Abbau vor sich gehen, soll die kapitalistische Wirtschaft wie vor dem Kriege wieder eingeführt werden? Es dürfte doch allgemein bekannt sein, daß es vor dem Kriege der Mehrzahl der Landwirte genug Kopfzerbrechen bereitete, ihre Betriebe rentabel zu gestalten. Für die kleineren Landwirte, die ohne fremde Hilfskräfte auskommen, mag es so noch angehen, aber diejenigen mit 1—100 Hilfskräften müssen sich fragen: Wie wird sich der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus entscheiden? Auch heute gibt es, hauptsächlich in den Reihen der Deutschnationalen, eine Menge Landwirte, wenn nicht alle, die mit einem Siege des Kapitalismus rechnen. Wenn dieser Sieg nicht eintritt, wenn der Sozialismus bezw. Kommunismus dem Kapitalismus gegenüber Raum gewinnen sollte, dann können die Großgrundbesitzer damit rechnen, daß ihre Betriebe in proletarische Produktionsgenossenschaften umgewandelt würden. Ob mit Erfolg für die Allgemeinheit, soll hier nicht untersucht werden. Jedenfalls stützt man sich auf die Hoffnung, daß die Mehrheitssozialisten nebst Unabhängigen eines Tages wieder der ausschlaggebende Faktor in der Ausübung der politischen Gewalt sein werden. Dann ist alles, was mit Sozialisierung der Landwirtschaft zusammenhängt, nur noch eine Frage der Zeit. Wenn die Mehrheitssozialisten auf ihrem Parteitag in Kassel noch keine passende Formel für ihr Agrarprogramm geschaffen haben, so werden sie nicht gleichgültig wie früher der Landwirtschaft gegenüber stehen, sondern auch den Führern ist es jedenfalls nicht unbekannt geblieben, daß die Landwirtschaft das einzige Gewerbe ist, dessen Existenzgrundlage auf Jahrzehnte hinaus gesichert ist. Deshalb muß man versuchen, die Eigenart der Menschen zu berücksichtigen und auf wirtschaftsfriedlichem Wege zum Ziele zu gelangen. Die Eigenart der Menschen zu berücksichtigen heißt doch, möglichst alle Wünsche und alles Sehnen des Individuums zu erfüllen. Die Wünsche aller Landbewohner fließen in den Ruf „Gebt uns Land" zusammen. Die Wünsche müssen jetzt um so schneller erfüllt werden, damit die Produktion gesteigert wird. Wenn die Produktion aber gesteigert werden soll, muß eine Mehrung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe vorausgehen, denn der notwendige allgemeine Übergang zu einer angespannten Fruchtwechselwirtschaft mit starkem Hackfruchtbau fordert eben eine Mehrung derjenigen Betriebe, bei denen genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen — das sind aber die Kleinbetriebe. Wir müssen deshalb die im Siedlungsgesetz umrissene Agrarverfassung schnellstens verwirklichen, denn für alle Glieder des Reiches ist der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft von gleicher Wichtigkeit.

Zur Überwindung der Not werden drei Wege vorgeschlagen:

I. Der Kommunismus.

Alle landwirtschaftlichen Betriebe, die ständig fremde Arbeitskraft gegen Lohnarbeit beschäftigen, werden samt lebendem und totem Inventar nebst Betriebskapital ohne Entschädigung vom sozialistischen Staate enteignet usw. Auf dem Vereinigungsparteitag sind aber Richtlinien für eine kommunistische Landagitation aufgestellt, die darauf hinauslaufen, die Landarbeiter, Pächter, Kleinlandwirte und Mittelbauern mit einer kommunistischen Diktatur in den Städten zu versöhnen. Dementsprechend ist zunächst nur die entschädigungslose Enteignung des größeren Grundbesitzes vorgesehen, während den Klein- und Mittelbauern ihr Besitz an Grund und Boden — bis auf weiteres — gelassen werden soll. Ausdrücklich wurde erklärt, daß diese Schonung der Klein- und Mittelbauern nur für die „Übergangsphase zur sozialistischen Wirtschaft" gelten soll.

Das sog. Agrarprogramm ist lediglich ein Mittel für den Bauerfang.

II. Die natürliche Wirtschaftsordnung.

Die Freiland-Freigeld-Bewegung fordert die Trennung vom privaten Eigentum, also Verstaatlichung des Grundbesitzes. Der Staat kauft den gesamten Grund und Boden auf und überläßt ihn der privaten Bewirtschaftung. Die Bezahlung erfolgt durch Grundbesitz-Ablösungsscheine, das sind staatliche Wertpapiere, die zum jeweiligen Zinsfuß verzinst werden und deren Kurs somit auf 100 erhöhten bleibt usw. Das von einem staatlichen Währungsamt auszugebende Freigeld steht unter dem dauernden Druck des Angebotszwanges; es muß umlaufen, sich eintauschen. Der jeweilige Besitzer an Bargeld wird es entweder zum Einkauf benötigter Waren benutzen oder es der schaffenden Arbeit unmittelbar als Leihgeld oder mittelbar über die Banken und Sparkassen als Spareinlagen zur Verfügung stellen. Durch diesen Angebotszwang und die durch die erhöhte Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes wachsende Gütererzeugung wird der Zinsfuß allmählich gesenkt und verschwindet dann. Durch das Sinken und Verschwinden des Zinses kann der Staat die Grundbesitz-Ablösungsscheine nach und nach zurückkaufen, so daß ihm bald die volle Grundrente (Bodenzins) für andere Zwecke zur Verfügung steht.

Diese Wirtschaftsordnung kann vielleicht von einer späteren Generation verwirklicht werden, augenblicklich haben wir schon mit erheblichen Widerständen zu kämpfen, um den dritten Weg, das Reichssiedlungsgesetz gangbar zu machen.

III. Das Reichssiedlungsgesetz.

Das Gesetz proklamiert im Gegensatz zu Kautskys Gedanken und zu dem Erfurter Programm der Sozialdemokratie die Festlegung des Individualeigentums im ländlichen Besitz. Das Reichssiedlungsgesetz und die Ausführungsbestimmungen legen also in großen Zügen die Ziele fest, nach denen die wichtige Agrarreform vor sich geht und kann. In gesunder Mischung aller Besitzgrößen soll jedermann, ob Kleinlandwirt, Handwerker oder Arbeiter, die Möglichkeit haben, zu rückkommischen Unabhängigkeit aufzusteigen. Tatsächlich ergibt sich auch für den Besitzlosen, der auf dem Lande bleiben oder von der Stadt aufs Land zurück will, die soziale Stufenleiter; jedermann hat also Aussicht, zur vollen Selbständigkeit zu gelangen.

Deshalb, Antragsteller, erhebt Protest gegen die Verschleppungspolitik des Landwirtschaftsministeriums, zeigt bei den Wahlen, daß ihr nicht gewillt seid, auf eure Rechte zu verzichten.

Zum Tode Bethmann Hollwegs.

„Er war ein Mensch, nehmt alles nur in allem!" — Wenn je auf einen Politiker und Staatsmann, so trifft das auf den jetzt dahingeschiedenen früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg zu, der nach Bismarck der fünfte des Deutschen Kaiserreiches war und nach der Fügung des Schicksals der letzte der Reihe ward. Ein Jahr nach seinem Sturz brach das Kaisertum zusammen und wurde die deutsche Monarchie zur Republik. Nach einem glänzenden, rasch nach oben führenden Aufstieg war Bethmann Hollweg zur Führung der politischen Geschicke Deutschlands zu einer Zeit berufen worden, wo die Entwicklung, indem sie gleichzeitig den Höhenflug des deutschen Adlers zum Gipfel führte, deutlicher und deutlicher dem gewaltsamen Zusammenstoß mit den neidischen Nachbarn zutrieb. Von der Größe des geeinigten Deutschlands in Furcht und Schrecken versetzt, hatte Frankreich frühzeitig engsten Anschluß an Rußland gesucht und gefunden, und in seiner vorherrschenden Stellung zur See seiner Meinung nach immer schwerer gefährdet, war England die „Entente cordiale" mit der Pariser Regierung eingegangen. Ein Bismarck hatte diesen Gang der Dinge mit Besorgnis vorausgesehen und eines Bismarcks hätte es bedurft, um durch überlegene Führung an der Spitze der europäischen Diplomatie Deutschland durch die wachsenden Schwierigkeiten und Gefahren sicher hindurchzuführen. Man weiß, wie verhängnisvoll er die Aufgabe der Rückversicherung mit Rußland einschätzte, und heute erst können wir ganz ermessen, wie richtig der Altreichskanzler die Ereignisse voraussah. Ein abschließendes Urteil über die Wirksamkeit des letzten seiner Nachfolger, den jetzt ein überraschender Tod vorzeitig ins Grab gelegt hat, ist heute fraglos noch nicht möglich. Es ist dem nun Dahingeschiedenen nachzurühmen, daß er mit der Reinheit des Charakters eine absolute Reinheit des Wollens verband, aber andererseits steht auch wieder fest, daß die ihm zum großen Teil moralisch weit unterlegenen andern führenden Staatsmänner Europas in der Zeit seiner Kanzlerschaft von 1909 bis 1917 die ethische Unterlegenheit durch eine zweifellose Überlegenheit als geborene Politiker ausglichen und weit machten. Sicherlich hat niemand so leidenschaftlich wie Bethmann gewünscht, die Katastrophe Europas, die er weit klarer als die meisten in seiner Umgebung erkannte, zu vermeiden. Daß es ihm nicht gelang, und daß er es ferner nicht erreichte, seinem Lande einen rechtzeitigen und brauchbaren Frieden zu schaffen, lag letzten Endes auf dem Gebiete der Fehler seiner Vorzüge. Er wollte über den Parteien stehen und kam im alltäglichsten Parteigetriebe zu Fall. Der Vielberleumdete hat aber schon vor seinem Tode die Rehabilitation seines Namens erlebt; vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß wußte er zeitnerzeit seine Verteidigung so gut zu führen, daß es selbst auf seine wütendsten Gegner auf der äußersten Rechten Eindruck machte. „Ein Mensch, nehmt alles nur in allem!"

*

Die letzten Stunden v. Bethmann Hollwegs.

v. Bethmann Hollweg ist nach kurzem Krankenlager in der Nacht zum 2. Januar gestorben, nachdem sich sein Zustand in den beiden letzten Tagen ganz erheblich verschlimmert hatte. Der frühere Reichskanzler, der das Weihnachtsfest im Kreise seiner Familie verlebt hatte, veranstaltete noch am letzten Mittwoch seinen Gutsangestellten und Arbeitern ein Fest, dem er selbst beiwohnte und auf dem er sich offenbar die Krankheit, Grippe mit doppelseitiger Lungenentzündung, zugezogen hatte. Am nächsten Tage machte v. Bethmann Hollweg noch seinen gewohnten täglichen Spaziergang in die weitere Umgebung Hohenfinows und legte sich am Freitag, da sich bei ihm ziemlich heftiges Fieber eingestellt hatte, zu Bett. Der behandelnde Arzt fand den Zustand so bedenklich, daß er Professor Lazarus aus Berlin berief, der jedoch auch nur feststellen konnte, daß wenig Hoffnung für die Erhaltung des Lebens des früheren Reichskanzlers vorhanden war. Im Laufe des Sonnabends steigerte sich das Fieber, und der Patient verlor gegen Mittag das Bewußtsein. Da die Herztätigkeit immer mehr nachließ, versuchte man durch künstliche Belebung die Wirksirkulation zu heben, jedoch ohne Erfolg. Gegen zwei Uhr nachts setzte die Herztätigkeit aus, und v. Bethmann verschied, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. An seinem Sterbelager weilte sein zweitältester Sohn August Fritz, sowie die Schwester seiner verstorbenen Gattin, Fräulein v. Pfuel. Im Laufe des Sonntags wurde dann die Tochter v. Bethmann, sowie Hans Deorn telegraphisch vom Ableben des ehemaligen Kanzlers benachrichtigt. Die Beisetzung findet am Mittwoch nachmittag 3 Uhr in der Familiengruft in Hohenfinow statt.

Die Lage im Reiche.

Beginn der Besprechungen mit den Vertretern der Eisenbahner

Aus Berlin wird uns berichtet: Die am Montag zwischen der Regierung und den Vertretern der deutschen Beamten gepflogenen Vorbesprechungen haben erfreulicherweise zu einer Annäherung beider Parteien geführt. Vor allen Dingen haben die Vertreter der Regierung erklärt, daß den Beamten gehoben werden müsse und solle. Am Freitag werden zwischen den Beauftragten des Reichsfinanzministers und dem Deutschen Beamtenbunde Verhandlungen stattfinden, in denen man sich grundsätzlich über die Frage der Gewährung von Zuschlägen zu den bisherigen Ortsklassenzuschlägen auseinandersetzen wird. Ferner wurde beschlossen, daß mit den Eisenbahnern getrennte Verhandlungen geführt werden, die am Mittwoch im Reichsverkehrsministerium beginnen sollen.

Die Eisenbahner haben das Verlangen gestellt, daß für alle Beamten in den verschiedenen Gehaltsklassen ohne Rücksicht auf die Ortsklassenabstufung Erhöhungen bewilligt werden, die für die unterste Gehaltsklasse etwa 90 Prozent, für die oberste Gehaltsklasse etwa 55 Prozent der bisherigen Zuschläge betragen. Darnach würde also ein Eisenbahnbeamter in einer beliebigen Gehaltsklasse dieselbe Erhöhung erhalten, gleichgültig, ob er in der Großstadt oder auf dem Lande Dienst tut. Die Regierung steht nun auf dem Standpunkt, daß diese Forderung Unzufriedenheit erregen würde, und will statt der durchgehenden prozentualen Erhöhung in den einzelnen Gehaltsklassen eine den Ortsklassen entsprechende Erhöhung der geltenden Zuschläge vornehmen. Bemerkenswerterweise wurden die Montagverhandlungen nicht von einem Vertreter des Reichsfinanzministeriums, sondern vom Staatssekretär Albert aus der Reichskanzlei geführt. Die Besprechungen verliefen anfangs recht bewegt, da die Vertreter der Eisenbahner heftige Angriffe gegen den Reichsminister erhoben. Sie erklärten, daß die Stimmung unter den Eisenbahnern auf das höchste gereizt sei, da die Ansicht vorherrsche, daß seitens des Finanzministeriums Verschleppungspolitik betrieben würde. Der Beauftragte des Reichsfinanzministeriums trat diesen Ausführungen entgegen und sprach die Hoffnung aus, daß die Eisenbahnbeamten sich der gemäßigten Politik der übrigen Beamtenverbände anschließen würden. Ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums legte in längeren Ausführungen dar, daß das Defizit der Eisenbahnen nicht lediglich auf die Gehaltsmische der Beamten und Arbeiter zurückzuführen sei; vor allem müsse man das riesenhafte Defizit der Eisenbahnen auch auf die ungeheuer gesteigerten Materialkosten und auf den durch die Kriegsjahre hervorgerufenen starken Verschleiß des Materials zurückführen. Man einigte sich schließlich dahin, daß am Mittwoch über die Forderungen der Eisenbahner im Reichsverkehrsministerium und anschließend darum am Freitag im Reichsfinanzministerium verhandelt werde. Am Dienstag werden die Verhandlungen mit den Beamtenvertretern ausgesetzt, da eine Besprechung zwischen dem Reichsfinanzminister und den Regierungen der einzelnen Länder stattfindet, in der grundsätzlich noch einmal zu den Gehaltsmünchen der Beamten Stellung genommen werden soll.

Das Abstimmungsergebnis der Eisenbahner im Direktionsbezirk Berlin ergab 80,94 Prozent für den Streik als letztes gewerkschaftliches Mittel. Nach Blättermeldungen aus Dresden, Breslau, Königsberg, Hamburg-Altona hat die Abstimmung unter den Eisenbahnern auch dort eine starke Mehrheit für die eventuelle Anwendung des Streiks ergeben.

Oberpräsident Hörsing warnt die Eisenbahner.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen Hörsing wendet sich in einem Aufruf an die Eisenbahner gegen die Bestrebung der

Um fremdes Blut.

Roman von Amalie Hinze.

29. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Er hatte sein skeptisches Lächeln aufgesetzt. Der reizende Käfer machte ihm die Annäherung zu verleuflet schwer. Mit galanten Scherzen ließ derselbe sich nicht fangen, und auf den ernsten Ton war er nicht eingerichtet.

Er löste das Boot von der Kette, setzte sich und ließ die Ruder ins Wasser gleiten.

Sie hatte ihm gegenüber am Steuer Platz genommen. Der Blumenbalbachin umrahmte ihre weißgekleidete Gestalt. Eine Rosenranke streifte ihr unbedecktes Haupt. Sinnend ruhten ihre Augen auf den leise plätschernden Wellen, darinnen die Sonne tanzende Funken wob. Langsam glitt die Landschaft vorüber.

Das behränzte Gondelboot, die glitzernden Wellen, die im Abendrot verherrlichte Landschaft — ein blasser Abglanz von dem Paradies der Erde.

Vor Luisellas Geiste stand ein Bild aus längst vergangenen Tagen auf, zauberschön: die Heimat.

Ein Schauer streifte ihre Seele. Schönheitstrunkene Gefühle — Schläge und Schelte und Hunger — unzertrennbar mischte es sich in ihre Erinnerung. Das war die rechte Heimat nicht!

Das alte Patrizierhaus, das im Schatten seiner Bäume wie ein stilles Eden balag, begann vorüberzugleiten.

Das Mädchen beugte sich über den Rand des Kahnes, um vor ihrem Begleiter die aufsteigenden Tränen zu verbergen. Dabei trafen ihre Augen den Namen des Bootes, dessen goldene Lettern im Abendstrahl blinkten.

„Gerechtigkeit!" flüsterte sie sinnend.

Sich gewaltsam beherrschend, erhob sie den Blick und ihre Hand wies an den Namen.

„Das Wort hat für die Familie Wettin von alters her Bedeutung, nicht wahr, Herr von Rehberg?"

Er sah sie erstaunt an. Er hatte sich eben Mirillos Winsel gewünscht, um sie festzuhalten im Bilde, wie er sie eben bewundert hatte:

„Allerdings! Einmal führen sie es im Wappen, zum andern Male — äh, ich hatte nicht den Vorzug, die alten Geschlechter gekannt zu haben, — bäh, — man rühmt aber den Wettins als besondere Charaktereigenschaft Gerechtigkeit nach. Die alten Senatoren sollen sich durch ihr gerechtes Handeln einen Ruf erworben haben. Ob diese Eigenschaft auch auf den letzten Wettin, meinen Freund Eberhard, zutrifft, das, mein gnädiges Fräulein", — der Sprecher tat einen langgezogenen Ruderschlag, zog die Ruder ein und betrachtete aufmerksam seine Hand — „vermag ich nicht einzuschätzen".

Sein Blick streifte sie; es war ein sonderbarer Blick, so daß sie betroffen den ihren senkte.

„Gnädiges Fräulein können hier vielleicht besser urteilen", klang seine Stimme zu ihr herüber.

Sie vermochte das Blut nicht zu meistern, das ihr heiß ins Angesicht schoß.

Er hatte das schroffe Verhalten des Vormunds also bemerkt und — verurteilte es.

Ein Gefühl wollte in ihr auf, das allmächtiger war, als der verletzte Stolz.

„Das Gerechtigkeitsgefühl meines Vormunds, Herr von Rehberg, gilt in erster Linie seinem alten Namen!" kam es über ihre Lippen. „Ich kann ihm dies nachempfinden, wie auch seinen Verdruß, ihn teilen zu sollen mit einem Sproß — aus — niedrigem — Blut!"

Die Augen des Zuhörers öffneten sich hinter dem Kneifer weit; er gestand sich, daß das Leben doch noch manche Überraschungen enthalte.

„Hut ab, gnädiges Fräulein, vor so viel Hochherzigkeit!" rief er. „Möchte Freund Wettin sie verdienen! Übrigens —"

„Verzeihung!" unterbrach sie ihn, auf dem Antlitz noch die Zeichen schwer beherrschter Erregung. „Schon längst wollte ich Sie bitten, mich nur „Fräulein" zu nennen. Ein höherer Titel kommt mir nicht zu."

„Ah! Nun, ganz wie Sie wünschen! Übrigens" — in den Augen des Sprechers blitzte es auf — „sind Ihre Skrupel über Ihre Herkunft, mein Fräulein — verzeihen Sie, daß ich dieses etwas intime Thema berühre, allein Sie selbst wiesen darauf hin, — haltlos geworden. Wettin teilte mir mit, daß —"

„Ich nicht des Lazzaronis Potock Tochter bin, Gott sei Dank!" fiel sie ein. „Aber doch sehr wahrscheinlich ein Kind — der — Straße!"

Sie war bleich geworden, ihr Herz klopfte hörbar. Einem unwiderstehlichen Impulse folgend, hatte sie sich erniedrigt vor jemand, der sie vielleicht insgeheim frivol verlachte, hatte sich gedemütigt um seinet-, des Vormundes willen.

Sie hätte fliehen mögen vor diesem Bewußtsein, fliehen vor dem Unfaßbaren, das seit der Stunde, da sie den Vormund zum ersten Male gesehen, sein gebietendes Wesen empfunden, sich wie mit seinen Fäden um ihre Seele gelegt hatte.

„Ein Kind der Straße?" hörte sie Herrn von Rehberg sagen. „Daran zweifle ich entschieden, mein Fräulein! Der Fall ist interessant! Wer weiß, ob Ihre Wiege nicht in einem Palast Italiens stand. Die Unterkunft später besagt nichts. Es gibt Fälle . . . Doch genug! Ich würde mich gar nicht wundern, wenn sich einmal herausstellte, daß Sie eines Fürsten oder Dogen Tochter sind, denn dieses Händchen von schlanker, edler Form ist nicht eines niedrigen Bintes Hand."

Blitzgeschwind hatte er sich vorübergeneigt und seine Lippen auf ihre Hand gepreßt.

Das Boot begann bedenklich zu schwanken. — Luisella hatte hastig ihre Hand befreit und sich auch ebenso hastig erhoben. Erbleichend wies sie zurück nach dem Steg, auf dem regungslos, das Antlitz nach dem Boot gerichtet, der Senator stand.

„Herr Wettin steht auf dem Steg!" stammelte sie, einen Schrecken in der Seele, dessen Ursache nachzusinnen ihr keine Zeit blieb.

„Feig!" scholl es gleichzeitig laut und eigentümlich gebieterisch herüber.

Der Angerufene, der bei Luisellas Worten verwundert den Kopf gehoben hatte, wandte sich nach der Richtung hin, woher der Ruf gekommen war. Dann breitete sich ein ironisches Lächeln um seine Lippen.

„Ah, schon zurück vom Bureau?" rief er lachend, die Mütze schwenkend. „Charmante Überraschung! Vermutlich hat ein Vogel es dir gesungen, daß die „Gerechtigkeit" im Fehlfieln eine Probefahrt macht! Warte, Freund, wir holen dich vor!"

Während der kurzen Rückfahrt saß Luisella still und befangen am Steuer. Hatte der Vormund den Handschuh gesehen? Warum schämte sie sich dessen so? War es denn etwas so Ungeheuerliches, wenn ein Herr einem jungen Mädchen die Hand küßte?

„Nun, bekommen wir ein Lob? Sieht die „Gerechtigkeit" nicht prächtig aus?" klang Herrn von Rehbergs Stimme an ihr Ohr. „Wie nett von dir, Eberhard, daß du mitkam willst! Dieser Platz hier ist der angenehmste. Das Blumendach gibt Schatten. Bitte!"

Mit einer einladenden Handbewegung legte Rehberg das Boot an Luisella hatte grüßend das Haupt gegen Wettin geneigt.

Den Hut gegen das Paar lüftend, verharrte dieser in seiner Stellung.

„Ich danke!" sagte er kurz. „Ich bin gekommen, um dich zu fragen, Felix, ob du mit mir in die „Konkordia" willst. Es ist Vortragsabend. — Eine literarische Größe spricht über Sudermanns „Sahenfest".

Rehberg hatte sich erhoben und wippte spielend den Kneifer zwischen den Fingern.

„Nimm es mir nicht übel, Wettin, aber du tust mir einen Gefallen, wenn du mich dispensierst. — Eine Bootsfahrt in dieser herrlichen Abendluft ist eine hinter, als in geschlossenem Saale unter mir fremdem Publikum eingepfercht zu sitzen."

„Bist du kein Freund literarischer Vorträge?" klang es so streng zurück, als beabsichtige der Sprecher den anderen dadurch einzuschüchtern. Und mit einer leichten Kopfwendung zu Luisella setzte er hinzu: „Fräulein, Frau von Asche erwartet Sie!"

Sie meinte, nie eine größere Demütigung erlebt zu haben.

Als sie, Zornestränen in der Seele, über den Steg an Wettin vorbeischritt, klang hinter ihr dreie die Stimme des Herrn von Rehberg:

„Mitunter wohl. Indessen sind mir Naturlinder wie die Regine im „Sahenfest" aus dem Leben interessanter als aus Büchern. Hahaha!"

*

Zwei Stunden waren kaum verflossen, als der Senator heimkehrte.

„Die „Via Triumphalis", den Reichsadler aus Rosen gebildet, als Mittelpunkt, leuchtet herrlich durch den Abend. Das Feldfield, mit dem Mutter Natur den Park geschmückt, hatten fätige Hände sorglich vom Staube befreit. Die Wege tadellos geebnet, lag der alte Besitz in der Stille da, so recht wie in feierlicher Erwartung des hohen Gastes, der ihn mit seiner Einkehr würdigen wollte.

Durch die Stille drangen plötzlich die Töne eines Pianos. Und nun hob eine Tenorstimme zu singen an:

„Wie bist du, meine Königin,
Durch sanfte Güte wonnevoll . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210104-16/fragment/page=0005

Kommunisten, die reine Lohnbewegung der Eisenbahnerorganisation zu einer politischen Bewegung zu machen.

Vergleich über die Beamtenforderungen?

Berlin, 4. Jan. Nach den Berichten der Blätter haben die gestrigen Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der Beamten auch anfänglich erregter Debatte zu einer Annäherung beider Parteien geführt. Es bestehe die Hoffnung, daß man in den ferneren Besprechungen nicht nur mit dem Deutschen Beamtenbund, sondern auch mit den Eisenbahnern zu einem Vergleich kommen werde.

Das Erntergebnis von 1920.

as. Berlin, 3. Jan. (Privatmelbung.) Das endgültige Ernteergebnis für das Jahr 1920, das soeben vom statistischen Reichsamt veröffentlicht wird, ist wenig befriedigend. Besonders unerfreulich ist der sehr starke Rückgang der Roggenernte. Denn eine Mißernte in dieser Frucht hat zur Folge, daß große Mengen ausländisches Getreide eingeführt werden müssen, um die Brotversorgung sicher zu stellen, wofür das Reich bei dem Stand der deutschen Valuta ungeheure Summen aufwenden muß. Von 12,1 Millionen Tonnen ging der Roggenertrag von 1919 auf 6 Millionen im Jahre 1919 herunter und sank 1920 gar auf 4,9 Millionen. Weizen ist gegen das Vorjahr mit 2,2 gegen 2,1 ein wenig gebessert, ebenso Gerste mit 1,7 gegen 1,6 Millionen Tonnen im Vorjahr. Die Heranziehung des Hafers aus der Zwangswirtschaft hat natürlich vorteilhaft auf die Anbauflächen und damit auf den Ernteertrag gewirkt, denn es war ja nicht vorauszusehen, daß der Hafer wieder in die Zwangswirtschaft einbezogen würde. Mit 4,8 Millionen Tonnen ist das Ergebnis gegen das Vorjahr mit 4,4 Millionen Tonnen wesentlich gebessert, 1913 betrug das Ergebnis allerdings 9,5 Millionen Tonnen. Auch Kartoffeln zeigen gegen das Vorjahr mit 28,2 Millionen Tonnen (gegen 21,4) ein günstigeres Ergebnis, was nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen ist, daß bei der Bestellung schon damit gerechnet werden konnte, daß ein erheblicher Teil der Ernte für den freien Handel übrig bleiben würde. Der Rübenertrag, der sich von 5,8 auf 7,9 Millionen Tonnen hob, läßt für das kommende Jahr eine wesentlich bessere Belieferung der Bevölkerung mit Zucker erhoffen.

Provinz und Nachbarländer.

† **Halle**, 4. Jan. Theorie und Praxis. Eine der ersten Errungenschaften der Revolution war die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. Alle Überstunden, jede Akkordarbeit sollte vermieden werden, nicht zuletzt mit der Begründung, damit der Arbeitslosigkeit zu steuern. Die Unabhängigen und Kommunisten unterstrichen diese Forderung mit ganz besonderem Nachdruck. (Eigenartig muß es nun berühren, wenn man folgende Notiz liest: „In der Druckerei des „Volksblattes" in Halle, die in den Händen der Neukommunisten ist, wird zurzeit eine Anzahl kommunistischer Kopfblätter hergestellt, an die sechs bis sieben, daneben druckt man Massenauflagen kommunistischer Flugblätter. Anstatt nun den Arbeitsmarkt durch Einstellung von Arbeitslosen zu entlasten, wird im „Volksblatt" Tag und Nacht gearbeitet. Der Buchbinder des Betriebes, einer von den kommunistischen Hauptschreiern, der gleichzeitig Vorsitzender des Buchbinderverbandes ist, hat in einer Woche 96 Stunden gearbeitet. Er hat sogar seine Frau zur Arbeit mitgebracht, obgleich eine Anzahl weiblicher Arbeitskräfte vorhanden ist. Um noch mehr zur Überstundenarbeit zu reizen, spendete ein neuer Parteisangestellter der Kommunisten im Auftrage der Bezirksleitung für die arbeitenden Frauen 100 M für Schokolade.

† **Halle**, 4. Jan. In einem Abort der Bahnhofsvorhalle verübte ein Privatmann dadurch Selbstmord, daß er sich mit einem Rasierapparatmesser die Hauptadern beider Unterarme aufschnitt. Die Leiche wurde nach dem Sühnfleckhof gebracht. — Auf der Flucht ertrunken. Gestern nachmittag wurde in der Mansfelder Straße ein unbekannter, etwa 30 bis 35 Jahre alter Mann wegen unsittlicher Handlungen an kleinen Mädchen festgenommen. Bei der Zuführung zur Wache ergriff er in der Wiesenstraße die Flucht. Beim Versuch, über die Saale zu schwimmen, ist er ertrunken. — In der Nacht zum 31. Dezember haben Diebe die Ladentür eines Fleischerladens in der oberen Gr. Steinstraße erbrochen und für nahezu 3000 M Fleisch- und Wurstwaren und Margarine in Würfeln gestohlen.

† **Bahnhof Mansfeld**, 4. Jan. Die gemeldeten Eisenbahnräubereien auf hiesiger Station dürften nun völlig aufgeklärt sein. Die Eisenbahnkriminalpolizei hat sämtliche Täter, 6 Bemdorfer und 1 Helbraer, ermittelt. Sie sind sämtlich in Untersuchungshaft und haben ihre Beteiligung an den Diebstählen bereits eingestanden.

† **Aschersleben**, 4. Jan. Der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen, einen größeren Salvarsandiebstahl auf die Spur zu kommen. Bei fünf hier ansässenden Magdeburgern, die zum Teil schwer vorbestraft sind, wurde noch solches im Werte von 25—30 000 M beschlagnahmt. Die erwähnten fünf Magdeburger konnten noch kurz vor ihrer Abfahrt aus dem Zuge heraus verhaftet werden, und weitere Verhaftungen sind in Magdeburg infolge Benachrichtigung von hier vorgenommen. Bei einem der Verhafteten wurde auch wieder eine Flasche mit betäubendem Flüssigkeit vorgefunden.

† **Zerbst**, 2. Jan. Der sozialistische Stadtverordnete Alpers wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft verhaftet. Bei einer Haussuchung wurden für mehrere tausend Mark militärische Kleidungsstücke gefunden, die aus den Beständen der Maschinengewehrabteilung stammen.

† **Erfurt**, 3. Jan. Recht übel erging es einem Landwirt, der, aus einem weimarischen Ort kommend, eine Wagenladung Kartoffeln nach Erfurt brachte. Auf der Poststraße (Erfurt-Nord) wurde er von einer Menschenmenge umringt. Es ertönten Rufe wie „Schieber! Wucherer!" Plötzlich riß man den Wehrlosen vom Wagen und verprügelte ihn. Unter anderem erhielt er einen Schlag auf den Kopf. Polizei beschützte schließlich den Hartbedrängten, der sich infolge der Schläge nicht mehr besinnen konnte, wohin er die Kartoffeln zu liefern hatte. Dieses mußte erst durch eine telephonische Anfrage in seiner Wohnung festgestellt werden.

† **Erfurt**, 4. Jan. Der Kaufmannslehrling Werner Witte, der nach Unterschlagung von 5000 M flüchtig geworden ist, konnte inzwischen festgenommen werden. Das Geld hatte er in wenigen Nachmittagsstunden in einem Bordell bis auf den letzten Pfennig durchgebracht. Es stellte sich jetzt heraus, daß er bereits mehrfach Diebstähle und Betrügereien begangen hat. Die Inhaberin des Bordells in der Gotthardstraße wird sich wegen Hehlerei und anderer Vergehen zu verantworten haben. — Drei schwere Jungen wurden durch die Kriminalpolizei in den Personen des Schlossers Willi Oltrich, Bildhauers Hubert Nissen und Arbeiters Hugo Krona festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt. Durch die Festnahme fand unter anderem ein Wohnungseinbruch in der Moltkestraße, bei dem erhebliche Werte gestohlen waren, seine Aufklärung.

† **Erfurt**, 4. Jan. Im Werk Erfurt der Deutschen Werke AL-Gef. wurden umfangreiche Verhaftungen vorgenommen. Es handelt sich um Diebstähle von Pistolenteilen, die nach einem Thüringer Waffenort verschoben worden sind und dort zu Pistolen verarbeitet wurden.

† **Hasselberg**, 4. Jan. Wie das Neustädter Tageblatt meldet, soll das hiesige frühere Ritterschloß, das zuletzt fünfzig Jahre hindurch als thüringer Frauenzuchthaus diente, wieder dem Strafvollzug dienstbar gemacht werden. Bei der zunehmenden Kriminalität glaubt das bayerische Justizministerium den durch die neue Steinachtalbahn gut zugänglichen Gebäudekomplex, der sich zu einer solchen Verwendung außerordentlich gut eignet, nicht verkaufen, sondern zu obengenanntem Zweck bereithalten zu sollen.

† **Ruhla**, 4. Jan. Die ärztliche Untersuchung der hiesigen Schulkinder hat ergeben, daß von 1259 Kindern der Volks- und Realschule 30 Prozent normal ernährt und 70 Prozent mehr oder minder unterernährt sind.

† **Gera**, 4. Jan. Eine Geldzuwendung im Betrage von 2½ Millionen Mark zur Förderung des städtischerseits zur Steuerung der Wohnungsnot betriebenen Baues von Wohnhäusern ist der Stadt von einer hiesigen größeren Firma gemacht worden. Der Stendenin sind lediglich gewisse Befreiungen hinsichtlich der Belegung von Räumen mit Notwohnungen zugestanden worden.

† **Steinach**, 4. Jan. In der Nacht zum 27. Dezember wurde bei der Firma Hermann Grötner hier eingebrochen und ein Geldbetrag von 265 000 M gestohlen.

*

Wie Ruhrkohlen verschoben werden.

Eine polnisch-deutsche Kohlenschiebung ist, wie kurz gemeldet, vor kurzem durch die Wachsamkeit der preußischen und sächsischen Behörden im letzten Augenblick verhindert worden. Es handelt sich dabei um 140 000 Zentner bester Ruhrsteinkohle, die durch Schieber zunächst nach Polen gebracht wurden und von dort — natürlich zu erheblich höheren Preisen — wieder nach Deutschland zurückgelangten. Die Kohle war zuletzt in sieben großen Schleppkähnen mit je 20 000 Zentnern verladen und befand sich bereits auf der Elbe; sechs Schlepper waren schon auf dem Wege nach Berlin, einer ging in Dresden vor Anker. Während der letztere durch das sächsische Arbeitsministerium sofort mit Beschlag belegt wurde, konnten die sechs anderen Schlepper durch den Reichskohlenkommissar beschlagnahmt werden. Der wertvolle Inhalt wurde gleich der Industrie zugeführt; namentlich konnte eine sächsische Gußstahlhütte bedacht werden, die sonst gezwungen war, ihren Betrieb stillzulegen. Die „Bestiger" der Kohle sind bisher nicht ermittelt worden.

*

Der Obstbau in der Provinz Sachsen.

Dem Obstbau ist im Deutschen Reiche, mit Ausnahme einiger Landstriche, bei weitem nicht die Aufmerksamkeit geschenkt worden, die ihm entgegengebracht werden muß. Was für ein ungemein wichtiges Nahrungsmittel das Obst ist, hat uns erst der Krieg gelehrt. Das zeigen uns auch die Phantasiepreise, die wir jetzt für Obst zahlen müssen. Der Verbrauch an Obst ist während der Kriegszeit auch ganz erheblich in die Höhe gegangen, einesteils, weil es als Ersatz für andere fehlende Nahrungsmittel einspringen mußte, andererseits aber auch, weil der stark verminderte Verbrauch notgedrungen einen größeren Obstverbrauch bedingt. Nun reichte aber schon vor dem Kriege der einheimische Obstbedarf nicht aus. Der Obstverbrauch betrug in Deutschland 1913 rund 67 Millionen Zentner. Davon wurden in Deutschland aber nur rund 50 Millionen Zentner erzeugt, während 17 Millionen eingeführt werden mußten. Diese Einfuhr fehlt uns heute fast völlig, also steht dem erhöhten Verbrauch eine geringere Menge gegenüber. Daher kommt die ungeheure Teuerung des Obtes. Wie gering nun das Interesse am Obstbau war, zeigt die amtliche Statistik. In ganz Preußen wurden 1913 nur 108 Millionen Obstbäume gezählt. Das macht auf den Hektar nur 3,1 Bäume.

Die größte Obstbaumzucht hatte die Provinz Sachsen mit 16,3 Millionen Bäumen oder 6,4 auf einen Hektar, die geringste Zahl wies Ostpreußen auf mit nicht ganz 4 Millionen Bäumen oder auf jeden Hektar 1 Baum. Ein stark erhöhter Obstbau ist nun aber im Interesse unserer Volksernährung und Volksgesundheit von größter Wichtigkeit. Die Provinz Sachsen hatte 1913 zusammen 16 200 000 Obstbäume. Auf jeden Hektar kamen 6,4 Bäume. Es wurden gezählt 5 008 681 Apfelbäume, 1 941 765 Birnbäume, 6 645 921 Pflaumenbäume, 2 411 229 Kirschbäume, 115 988 Aprikosenbäume, 92 144 Pfirsichbäume und 84 204 Walnußbäume.

Reinhold Werther, Lüneburg.

Handel — Verkehr — Industrie.

= Der Markkurs notierte am Montag in Zürich 8,95 Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,15 Centimes gefallen. In Amsterdam wurden für die Mark 4,30 Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verschlechterung um 0,10 Cents bedeutet.

= Preiserhöhung für Hahlglas. Ein Teil des Konzerns der Hohlglasfabrikanten im Bayerischen Wald und an der Waldnaab hat infolge Verteuerung der Produktion vom 1. Januar ab eine Preiserhöhung vorgenommen, derart, daß von diesem Zeitpunkt an der doppelte Grundpreis plus 600 Proz. Teuerungszuschlag und 5 Proz. Verpackungskosten berechnet werden, während bisher 450 Proz. Teuerungszuschlag und 5 Proz. Verpackungskosten berechnet wurden.

*

Für 100 Mark wurden im Ausland gezahlt

in	am 24. Dez. 1920	am 31. Dez. 1920	Ende Juni 1914	
Zürich	9,15	8,97½	125,40	Franken
Amsterdam	4,45	4,40	59,20	Gulden
Kopenhagen	9,40	9,00	88,80	Kronen
Stockholm	7,10	7,00	88,80	Kronen
Wien	844,00	911,50	117,80	Kronen
Prag	119,75	120,75	117,80	Kronen
London	6,84	7,78	97,80	Schilling
New York	1,38	1,38	23,80	Dollar
Paris	23,50	23,00	125,40	Franken

In Italien wurden für 100 Mark 39,65 Lire bezahlt (gegen 40,55 Lire am Ende der vorangegangenen Woche)

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 1 — Dienstag, den 4. Januar 1921

Verpachtung.

Die Bäuerlichkeitung der Baracke für das Lehrerheim bei der Gasanstalt soll meistbietend verpachtet werden.

Die Pachtbedingungen werden auf Zimmer 20 des neuen Rathauses, 2 Treppen, bekanntgegeben.

Gesuche sind bis spätestens 10. Januar 1921 an die Grundeigentums-Verwaltung zu Nr. II 1973/20 zu richten.

Merseburg, den 4. Januar 1921.
Der Magistrat.
II 1973/20.

Fleischverkauf auf der Freibank
findet am 5. Januar 1921
vormittags von 8—9 Uhr auf die Nummern 1151—1250
nachmittags von 2½—3 „ „ „ 1251—1800 Aufl.

Merseburg, den 3. Januar 1921.
L. A. I. 1318/21. Das städtische Lebensmittelamt.

Kreis Merseburg.

Bekanntmachung.

Durch Anordnung des Herrn Ernährungsministers für Volksernährung vom 17. Dezember 1920 ist die Einschränkung mit dem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, die im § 19 der Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft vom 19. September 1920 (R.-G.-Bl. S. 1675) auf den 1. Januar 1921 festgesetzte Übergangszeit bezüglich des im § 2 der genannten Verordnung vorgesehenen Verbotes bis zum 1. März 1921 — ausgedehnt — verlängert worden.

Hiernach können diejenigen Personen, die nach den vor dem 1. Oktober 1920 geltenden Vorschriften zu Geschäften der im § 2 der genannten Verordnung bezeichneten Art zugelassen sind, ihren Gewerbebetrieb auch ohne die noch erforderliche Erlaubnis bis zum Schlusse des Monats Februar 1921 weiter ausüben. Eine Verlängerung der Übergangszeit für die Fischverkaufsstellen vom 26. September 1920 für die Erlaubnisscheine für 1921 zu entrichtenden Gebühren tritt dadurch nicht ein.

Anträge auf Erteilung der Viehhandelserlaubnis sind nunmehr, sowei solche nicht bereits gestellt sind, bis spätestens zum 10. Januar 1921 bei dem zuständigen Landrat — in den Stadtkreisen beim Magistrat — anzubringen.

Verspätet eingehende Anträge können nach dem 10. Januar 1921 ihre Erledigung nicht auf rechtzeitige Gesuchsinstanzung zu rechnen, wirkt sich der Gefahr aussetzen, nach dem 1. März 1921 ihre Gewerbe nicht weiter ausüben zu dürfen.

Magdeburg, den 21. Dezember 1920.
Der Oberpräsident.

Bek.: Kanalbenutzungsgebühren.

Gemäß § 11 der Satzung und Gebührenordnung für die Wasserversorgung und Entwässerung vom 17. April 1911 — VII. 1364/10 — wird der Voranschlag des Nutzungswertes für die Erhebung der Kanalbenutzungsgebühr für das Rechnungsjahr 1920 auf 8 % festgesetzt.

Merseburg, den 24. Dezember 1920.
VII. 874/20.
Der Magistrat.

Ausgabe von Schmalz
am Sonnabend, den 8. Januar 1921.

Es werden zugeteilt:
100 g Schmalz zum Preise von 4,20 M.
Auf jede Zusatzlebensmarke mit dem Aufdruck K 50 g Butter zum Preise von 1,55 M.

Merseburg, den 3. Januar 1921.
L. A II 2805/20. Das städt. Lebensmittelamt.

Vollmilchversorgung.

1. Vollmilch darf nur unter Vorlegung der ganzen Stammkarte abgegeben werden. Die Vorlegung der Milchkarte genügt nicht.
2. Milchkarten, die den Amtsstempel des Magistrats nicht tragen, sind ungültig, von den Milchhändlern sofort einzuziehen und der Name des Vorlegers dem Magistrat sämtlich oder durch Fernsprecher sofort anzugeben.
3. Zuwiderhandlungen sowohl des Händlers, als auch des Käufers werden unnachsichtlich bestraft.

Merseburg, den 13. November 1920.
L A II 2464/20.
Der Magistrat.

Die
öffentl. Lesehalle im „Herzog Christian"
ist geöffnet jeden Tag von früh 10 Uhr bis abends 9 Uhr.
Die besten und größten Tageszeitungen und Zeitschriften liegen aus.
Vom 1. April 1920 ab kosten:

Monatslesekarte	Preis 1,— Mk.
Jahreslesekarte	„ 5,— Mk.
Familien-Monatslesekarte	„ 2,— Mk.
Familien-Jahreslesekarte	„ 7,— Mk.
Tageskarten	„ 20 Pfg.

Die Karten sind im „Herzog Christian" zu haben. Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Zutritt nicht gestattet.
Merseburg, den 17. März 1920.
Der Verein zur Förderung der Jugendpflege in der Stadt Merseburg (E. V.).

Pappein — Erle
kauft jedes Quantum zu hohem Preise. Fällung wird auch selbst vorgenommen.
Güldner & Kittel, Leipzig, Weststr. 54. Telephon 4107.

Kappel
feinste Präzisions-Schreibmaschine
Allein-Vertreter
Rich. Vormeyer, Halle a. S.,
Telephon 4538. Beesenstr. 17.
Spezial-Reparatur-Werkstatt für Schreibmaschinen.

Jeder Deutsche, der zur Verringerung des Bargeld-Umlaufs beiträgt, stärkt die wirtschaftliche Kraft des Vaterlandes; ein jeder benutze deshalb für seine Zahlungen ein Postscheck-, Bank- oder Sparkassen-Konto.
Auskunft erteilen kostenlos:
das Postamt,
Bankhaus Friedrich Schultze,
Mitteldeutsche Privat-Bank A.-G., Zweigniederl. Merseburg,
Sächsische Provinzialbank, Landeshaus,
Städtische Sparkasse,
Sparkasse des Kreises Merseburg,
Merseburger Vereinsbank E. G. m. b. H.

Druck und Verlag von Th. Höhner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210104-16/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4.90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezuggeld. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Ostpreußenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am Häuslichen Herd" und der monatlich erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 2 — Dienstag den 4. Januar 1921 — 47. Jahrg.

Zur außerpolitischen Lage.

1921 hat unerfreulich begonnen. Es scheint fast, als ob die Annäherung zwischen der Entente und uns, zu der die Brüsseler Verhandlungen zu führen schienen, von militaristisch-imperialistischer Seite durchkreuzt werden sollte. Das Verhalten der Ententeregierungen uns gegenüber beweist, daß Einflüsse am Werke sind, die in einer Entspannung der europäischen Beziehungen, soweit Deutschland in Frage kommt, nicht ihre Rechnung finden. Allerdings muß auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, daß es sich bei den Vorgängen um einen Druck handelt, der uns gefügig machen soll, die Forderungen der Entente auf wirtschaftlichem Gebiet anzunehmen. Wie dem aber auch sein mag, jedenfalls hat sich die Lage dadurch verschärft, daß die Entente in einer Note, die uns des Vertragsbruchs zeiht, die sofortige Auflösung der Sicherheitspolizei verlangt. Auch in der Einwohnerwehrfrage sollen ultimative Schritte der Entente bevorstehen. Die Lage wird dadurch noch gespannter, daß der „Temps" und die „Times" mehr oder weniger aufgeregte Artikel veröffentlichen, mit der Behauptung, die deutsche Reichsregierung verweigere unter Einfluß reaktionärer Kreise die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen, und eben diese Kreise wollten durch die Einwohnerwehren die Restauration herbeiführen. Ja, die „Times" tischen ihren Lesern die Schauermär auf, Deutschland werde 1921 offensiv gegen Frankreich vorgehen. Es bestehe ein großes Komplott, an dessen Spitze Oberst Bauer und Ludendorff stünden.

Man brauchte diesen Unsinn kaum ernsthaft zu nehmen, wenn er nicht eine bedenkliche Folge gezeitigt hätte. Die Sozialdemokratie hat nämlich scharf gegen die Stellung der Reichsregierung in der Einwohnerwehrfrage Stellung genommen. Und in der blinden und nachgerade wirklich recht unwürdigen Furcht vor der Reaktion erschwert man der Reichsregierung ihre Geschäfte aufs äußerste. Man kann wohl annehmen, daß die abturten Geschichten, die die „Times" erzählen, zumeist für deutsche Leser bestimmt sind. Und die merkwürdige Übereinstimmung von „Times" und „Temps" lassen die Annahme möglich erscheinen, daß hier Northcliffsche Propaganda wieder das deutsche Volk, dessen Einigung nie notwendiger als jetzt war, uneinig machen will. Wäre dem so, so wäre zweifellos der psychologische Punkt richtig getroffen und die gewollte Wirkung erreicht. Man sollte aber in Deutschland in umfassender Weise das Volk mit der Darstellung der englischen Propaganda, wie sie in dem bekannten Bericht über Northcliffs Arbeit enthalten ist, vertraut machen. Vielleicht sehen dann auch unsere Sozialdemokraten ein, daß man häufig zu schieben glaubt, während man nur geschoben wird.

Die unfreundliche Haltung, welche die Entente ständig gegen uns einnimmt, zeigt sich auch in der Frage der oberschlesischen Abstimmung. Man hatte über den Abstimmungsort der nicht in Oberschlesien Wohnhaften zunächst verhandelt. Nunmehr kommt das den polnischen Wünschen restlos entsprechende Diktat der Entente, wonach diese Kategorie Abstimmungsberechtigter erst nach der eigentlichen Abstimmung zur Wahl zugelassen werden soll. Hiermit wird der Versailler Vertrag abermals **verletzt und die deutsche Regierung sollte endlich einmal im Stil der Entente Noten verfassen und der Entente den Vorwurf des Vertragsbruchs und der Vertragsuntreue machen.**

Überhaupt verdient die polnische Frage gesteigerte Beachtung. Seit einiger Zeit riefen polnische Zeitungen nach einer Militärkonvention mit Frankreich. Nun ist der polnische Staatschef Pilsudski nach Paris für Mitte Januar eingeladen. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß bei diesem Besuch die Militärkonvention abgeschlossen werden soll. Polen führt damit eine ausgesprochen feindliche Politik gegen seine beiden Nachbarstaaten, von denen es, es mag sich drehen und wenden wie es will, doch in Zukunft abhängig sein wird. Aus der Geschichte könnten aber die Polen lernen, daß schon einmal ihr Land von Frankreichs Gnaden abhing, und daß seine Existenz in dem Augenblick in Frage gestellt war, als seine letzten Legionen für Napoleon I. verblutet waren. Ein Staat, der seine Existenz auf das Wohlwollen eines weit abliegenden anderen Staates gründet, treibt die gefährlichste Politik der Welt. Denn er läßt sich auf die Dauer als solcher nur erhalten, wenn er sich organisch in das Gefüge der Nachbarstaaten einfügt. Selbst Danzig mit dem ganzen Korridor wird Polens Lebensnotwendigkeiten nicht so garantieren wie ein gutes Verhältnis zu Deutschland. Die Lage der Dinge läßt nicht mit einer vernünftigen Politik Polens rechnen. Und das erste Geschenk, das gewisse Völkerbundstaaten der friedensdhungrigen Welt 1921 bescheren zu wollen scheinen, dürfte ein neuer Vertrag imperialistisch-militärischer Natur sein.

*

Deutschlands Antwort auf die Polizeinote des Generals Nollet.

Das Auswärtige Amt hat dem Vorsitzenden der Interalliierten Überwachungskommission für das Landheer folgende Note zugestellt:

Berlin, 4. Jan. Herr General! In der Note vom 23. Dezember Nr. 1266 hat die Interalliierte Militärkontrollkommission zunächst Beschwerde darüber geführt, daß ihr noch nicht die Verfügungen aller deutschen Länder über die

Auflösung der Sicherheitspolizei

zugegangen seien. Hierzu ist zu bemerken, daß, wie bereits in dem Schreiben vom 29. Dezember vorigen Jahres F. 14 483 erwähnt ist, die Kommission bereits seit längerer Zeit im Besitze der Verfügungen aller in Betracht kommenden Regierungen mit Ausnahme derjenigen von Mecklenburg-Schwerin und Bremen ist. Es ist ihr ferner mitgeteilt worden, daß auch in diesen beiden Ländern die Sicherheitspolizei bereits im August, bezw. September aufgelöst worden ist und daß in den deutschen Ländern, über die ihr bisher keine Mitteilung zugegangen war (Thüringen, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Waldeck und Pyrmont) eine Sicherheitspolizei nicht bestanden hat. Die Kontrollkommission glaubt in der Note vom 23. Dezember weiter feststellen zu können, daß 1. die gegenwärtige Ordnungspolizei nichts anderes sei als die Sicherheitspolizei, verstärkt um einen Teil der früheren Blauen Polizei; 2. die nicht uniformierte Polizei eine Vermehrung erfahren habe, die sich nach den Bestimmungen des Artikels 162 des Versailler Vertrags nicht rechtfertigen lasse.

Die deutsche Regierung hat bereits unmittelbar nach dem Eingang der Note durch Schreiben vom 24. Dezember F. 14 383 gegen diese Feststellungen protestiert. Sie begründet diesen Protest wie folgt:

1. Der Plan, nach dem die gegenwärtig in den deutschen Ländern bestehende Ordnungspolizei gebildet ist, ist in gemeinsamer Beratung mit Vertretern der Kontrollkommission aufgestellt worden. In der Note vom 12. August 1920 Nr. 978 hat die Kommission die Bedingungen, an die das Protokoll von Spa die Vermehrung der Ordnungspolizei auf 150000 Mann knüpfte, näher erläutert. Um zu verhüten, daß die geplante Maßnahmen später von der Kommission beanstandet werden könnten, haben mit dieser auf Ersuchen des Auswärtigen Amts [illegible] Fühlung gehalten. Die Kommission hat [illegible] Bedenken gegen die Bildung der Ordnungspolizei [illegible] Die Kommission hat [illegible] Die Kommission hat [illegible] Die Kommission hat